

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45.

Donnerstag, den 22. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Warum sie rot wählten.

Im zweiten Februarheft des „Kunstwarts“ veröffentlicht der Herausgeber, Ferdinand Uvenarius, Ausführungen eines Mannes, die gerade im gegenwärtigen Moment, wo die schwarzblaue Meute wieder einmal die Sozialdemokraten als eine von jedem Andersdenkenden absolut zu meidende erschlimmte Sorte von Menschen hinstellt, hochinteressant und bedeutungsvoll sind.

Uvenarius bemerkt zu diesen Ausführungen, sie hätten „einen Mann zum Verfasser, der im deutschen Geistesleben zu den bekanntesten und meistgeachteten“ gehöre. „Es ist nicht seine Schuld, wenn sein Name hier nicht genannt wird, denn er hat uns ausdrücklich freigestellt, ihn zu nennen. Täten wir's aber, was würde die Folge sein, als daß man seine jetzt allgemein geachteten Leistungen in Zukunft damit zu diskreditieren veruche, daß „der“ seinerzeit für einen Roten gestimmt hätte? Und dann sollen in solchen Fällen doch wohl die Gründe wirken, nicht der Mensch.“

Nun, unter Umständen wird es das Gewicht der Gründe nur verstärken können, wenn auch der Name des Menschen, ist er anders ein wirklich angesehener, hinzugefügt wird. . . . Aber man kann es durchaus begreifen, daß Uvenarius der angeführten Motive halber den Namen des Verfassers lieber nicht nennt. Der Betreffende würde ja eben jetzt wieder mit Infamie ohnegleichen überschüttet werden, denn seine Worte sind das strikteste Gegenstück dessen, was im gegenwärtigen Augenblick wieder in bürgerlich-reaktionären Kreisen als „nationale“ Pflicht proklamiert wird.

Man urteile selber. Es heißt da im „Kunstwart“: „Diese Betrachtung will keine Propaganda machen. Des zum Zeichen wird sie nach statt vor der Wahl veröffentlicht. Aber da viele sich den Kopf darüber zerbrechen, wie ein anständiger Mensch sozialdemokratisch stimmen könne, möchte ich ihnen gern auf die Spur zur Erklärung dieser zweifellosen Tatsache helfen.“

Also: Solange man davon spricht, ein anständiger Mensch dürfe nicht sozialdemokratisch stimmen, solange werden wir unsereits das tun. Wir sind eine Gruppe von zurzeit nicht ganz wenigen Menschen, einander unbekannt, aus allen alten Parteien stammend bis ins Zentrum und ins Agrariertum hinein — ich persönlich stamme aus konservativen und agrarischen Anschauungen — deren höchstes politisches Gesetz Kulturpolitik ist, und die aus solchem kulturpolitischen Interesse zurzeit sozialdemokratisch stimmen.

In erster Linie liberal, in zweiter sozialdemokratisch. Wir bilden keine Partei und wir wünschen keine zu bilden. Politik mag weiter von Weltanschauungs- und Interessenpunkten aus getrieben werden. Es scheint uns das gar nicht ungesund. Sondernfalls ist es so, und das macht es uns um so leichter, mit völliger Freiheit zu wählen, in welche Schale der Wage wir jeweils unser Gewicht werfen wollen.

Zurzeit werfen wir es in die linke Schale, weil wir der Meinung sind, daß unsre engeren politischen Interessen schweigen müssen gegenüber einer großen kulturellen Gefahr, die wir unserm Vaterland drohen sehen, und die wir nur noch durch radikale Abstimmung abwehren können, da man zurzeit auf Gründe allein nicht mehr hört. Ich werde nicht alles in der Kürze sagen können, was hier zu sagen wäre, aber doch die Hauptsache.

Eine schwere Gefahr für unsere Kultur erkennen wir in dem Umstand, daß die höchste verantwortliche Stelle im Staat und die so oder so von ihr abhängigen andern Staats- und Kirchenhäupter ein Drittel des deutschen Volkes mehr oder minder verblümt als unpatriotisch, gottlos oder sonst minderwertig brandmarken und gesellschaftlich zu ächten versuchen. Wir wissen, wie sich das in die „nachgeordneten“ Stellen hinein überträgt. Wir wissen, wie da alles, was Grund hat, sich oben gute Stimmung zu schaffen, im Beschimpfen und Schikanieren eines Teiles unseres Volkes nicht überbietet. Und da das gerade der Teil ist, der so wie so schwer genug zu tragen hat, so ist diese Parole und ihre Befolgung die schlimmste Mißverziehung unseres Beamtenums zur Respektlosigkeit gegen Andersdenkende, Unbemittelte und Wehrlose.

Weiter greift ein anderes. Diese Achtungsparole läßt uns nicht zum ruhigen politischen Nachdenken kommen. Der Sozialismus behauptet, eine unheilbare Lehre zu sein. Wir unsereits erkennen in seinen Zielen nie in denen der andern politischen Parteien Neues und Fallsches. Ideale und Minderwertiges zu-

sammengebunden. Wir würden gern diese unsere Erkenntnis für uns selbst weiter durchprüfen und ändern zu ähnlicher Kritik verhelfen. In alledem hindert die mit obrigkeitlichem Nachdruck und angeblich religiöser Autorität über den ganzen Gedankenzusammenhang, die ganze Parteiorganisation verhängte gesellschaftliche und sittliche Nacht. Das empfinden wir als einen bösen kulturellen sowohl als politischen Schaden.

Ferner: Sene Gedankenmasse und die Partei, die sie politisch wirksam zu machen versucht, werden nun einmal von den ärmeren Schichten im Volk als die ihrigen empfunden, — daran kann kein Zweifel sein. In dem sie nun gesellschaftlich, religiös, sittlich nicht nur bekämpft, sondern versempt werden, wird die Kluft zwischen den Wohlhabenden und den Nichtbemittelten auf das gefährlichste erweitert. Tritt zur politischen Gegnerschaft Hohn, Verachtung, Haß, „patriotischer“ und sogar „religiöser“ Haß, so muß dadurch die sittliche und religiöse Empfindung eines Volkes verwirrt und zerrüttet werden, das, mit Recht oder Unrecht, seine Ideale bei jener Partei sucht.

Weiter sehen wir mit steigender Empörung, daß nun schon seit einigen Jahrzehnten die Ehre, Würde und Macht des Vaterlandes dazu mißbraucht wird, politisch Andersartige zu diskreditieren und zu vergerachtigen. Dies halten wir für außerordentlich gefährlich. Selbst abgesehen von der idealen Minderwertigkeit, ein solches Mittel stumpft sich ab! Es könnte leicht gerade in Zeiten wirklicher Not versagen. Zudem erwäge man, was es bedeutet, wenn alle 5 Jahre und öfter dem Ausland vordekammiert wird, das deutsche Volk stehe unmittelbar vor dem Umsturz, der dritte Teil des Volkes untergrabe die Grundlage des Staates, bestesse aus Vaterlandsverrättern. Die es beobachten konnten, wissen, mit welcher Befriedigung das Ausland darauf hört, wissen, daß es leider auch mit diesen ja von kompetentester Stelle ausgehenden Urteilen rechnet. Die Gewöhnung an solche nationale Verdächtigungen des eigenen Volkes beim Ausland scheint uns kein gutes Zeichen für die Weisheit untrer regierenden Kreise. Was in den Gründungszeiten des Reiches in außergewöhnlicher Situation und bei dem erklärten Respekt des Auslandes einmal ertragen werden konnte, ist nicht mehr erträglich als stehendes Requisite zur Vertuschung gemachter Fehler oder schlechter und erbitternder Politik oder gar in gefährlichen Zeiten. Auch wirkt es auf unsere Diplomatie selbst höchst mißverzüglich zurück, wenn sie zu dem Glauben kommt, jede auch offenkundigste Unfähigkeit hinter einem Küstungsgeräusch verbergen und für so verweirte Mittel statt des Tadelns die erhaltene Begeisterung der Patrioten ernten zu dürfen.

Uns allen diesen Gründen haben viele von uns sogar trotz der erstaunlichen ungeschickten Dies-irae-Modomontade des „Vorwärts“ für die Sozialdemokratie gestimmt. Und wir werden damit fortfahren, bis das aufhört, was wir als einen traurigen und für die sittliche, religiöse, kulturelle und soziale Höhe unseres Volkes beschämenden Skandal empfinden.

Zum Schluß nochmals: diese Erklärung will keine Propaganda machen, sonst wäre sie vor den Wahlen erschienen. Sie will erklären helfen und um Bestimmung bitten, um Bestimmung über unsre Haltung nicht bei den Wahlen, sondern in großen Kulturfragen überhaupt.“

So schreibt also ein „kultur“, nicht parteipolitisch interessierter Mann. Er sieht in dem, was die Sozialdemokratie will, nicht die einzig richtige Politik, eine Politik, von der wir überzeugt sind, daß sie ohne Abstriche gerade auch den ideal-kulturpolitischen Interessen eines hochstrebenden Geisteslebens Genüge zu leisten imstande ist. Der Verfasser vorstehender Ausführungen ist nicht ganz derselben Meinung. Er macht Abstriche. Er ist mit Einzelheiten der sozialdemokratischen Politik nicht einverstanden. Er sagt aber nicht, mit welchen. Daher kann man mit ihm darüber nicht diskutieren und versuchen, ihn eines Besseren zu belehren.

Immerhin aber sind seine Ausführungen, seine tapfere und freimütige Art des Eintretens für eine Partei, mit der er nicht in allen Stücken konform geht, doch höchst bemerkens- und anerkennenswert, um so mehr, als in diesen Tagen die agrarischen und großindustriellen Parteipolitiker, welche auf Kosten des arbeitenden Volkes sich zu bereichern niemals für unfein ansehen, mit ihrer infamen Heße gegen die Partei des arbeitenden Volkes einen so kläglichen Erfolg errungen haben. Siehe das Verhalten der Nationalliberalen in der Präsidentschaftsfrage.

Demgegenüber seien die obigen Ausführungen hierher gesetzt. Sie kommen auch nach den Wahlen, ja im gegenwärtigen Augenblick gerade noch recht. Für gewisse Hegpolitiker und die ihnen nachgebenden liberalen Schwächlinge bedeuten sie kräftige Ordnungsrufe!

Ein Epilog.

Die allgemeine Etatsberatung, die Dienstag geschlossen worden ist, hat Mittwoch noch eine Art von Nachwort erhalten: das, was in dem ganzen Wahlkampf im Vordergrund des Interesses stand, ist gestern der Gegenstand der Debatte gewesen: die Not und der Hunger des Volkes sind zu Wort gelangt. Zur Verhandlung standen die Interpellationen der sozialdemokratischen Fraktion und der Fortschrittlichen Volkspartei über die Aufhebung des Kartoffelzolls und der Futtermittelzölle, wobei besonders zu bemerken ist, daß die Fortschrittler sich bei Mais und Futtergerste mit einer vorübergehenden Suspension des Zolles begnügen wollen. Das Ergebnis der ganzen Beratung stellt sich dar als eine durch die Zwangslage des Augenblicks errungene und möglichst schwache Konzession der Regierung. Staatssekretär Dr. Debrück erklärte in seiner Beantwortung der Interpellationen, daß die Regierung den Zoll auf Kartoffeln in diesem Jahre auf dem Wege der Verordnung erlasse, soweit es sich um die vorjährige Ernte handle. Im übrigen lehnt er namentlich die Aufhebung der Futtermittelzölle als grundsätzlich „bedenklich“ ab.

Daß dieses gewiß nicht weitreichende Zugeständnis einer völlig in die Enge getriebenen Regierung bei den schroffsten Agrariern keinem Beifall begegnet ist, beweist allerdings nicht das geringste zu ihren Gunsten. Denn die Argumente, deren sich der Vertreter der Regierung bediente, als er die Aufhebung der Futtermittelzölle ablehnte und jede einigermaßen energische Maßnahme verweigerte, der Zufall selbst, auf den diese Rede gestimmt war, haben erneut bewiesen, daß die verantwortlichen Leiter der Reichspolitik nicht imstande sind, die Lehren der Zeit zu verstehen, mögen sie noch so streng und unerbittlich sein. Wenn schon die Lektion der Wahlen vergeblich sein konnte, so hätte doch eine objektive Betrachtung der ausgezeichneten Beweisführung, wie sie der sozialdemokratische Fraktionsredner Genosse Bock geliefert hat, die Regierung weitertreiben müssen, als sie ursprünglich gehen wollte. Genosse Bock hat in der Tat in anschaulicher Darstellung dem Haupte die an Hungersnot grenzende Teuerung aller Lebensmittelpreise vor Augen geführt. Er hat namentlich hinsichtlich der Kartoffeln bewiesen, wie auch diese geradezu dauernde Nahrung des Volkes ihm mehr und mehr entzogen wird. Die Agrarier, von denen er mit Recht sagen konnte, daß sie mißverstandener sind als der Himmel und seine heißesten Sonnenstrahlen, nehmen einer Bevölkerung, die ohnehin in Deutschland vorwiegend aus Kartoffelfressern besteht, die also die Brot- und Fleischnahrung längst vermisst, auch das letzte gewiß armseligste Lebensmittel weg. Allein diese Schilderung der agrarischen Politik und ihrer verhängnisvollen Folgen für die Gesundheit und Kraft des Volkes, blieben auf die Rechte ohne Wirkung. Auch die sachmännische und gute Rede des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Wendorf, der sich besonders bemühte, die Wirkungen des Kartoffel- und Futtermittelmangels auf die Landwirtschaft und insbesondere auf die Viehhaltung des Bauern darzulegen, konnte die alte Zollmehrheit nicht erschüttern, zu der sich nicht nur der Abgeordnete Herold für das Zentrum und der Konservative Arnstadt, sondern auch der Nationalliberale Wamhoff (für den größeren Teil seiner Freunde) bekannten. Auch der Pole von Grabski und der eifrigste Zentrumsmann Dr. Will unterstützten die schutzöllnerische Mehrheit.

Es muß wahrlich schlimm stehen um die Ernährungsmöglichkeiten des Volkes, daß die Rücksicht auf eine ungeduldige Wählerschaft selbst das Zentrum und sogar die Regierung zu der kargen Konzession der beschränkten Aufhebung des Kartoffelzolls zwingen muß. Morgen geht die Debatte weiter. Von unserer Seite spricht Genosse Antrick.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kriegsrat der Gefangenen.

Soviel durchgefallene Reichstagsabgeordnete hat man in Berlin noch nie auf einem Haufen beisammengesessen, wie am letzten Montag im Sportpalast, wo der Bund der Landwirte seine erste Generalversammlung nach den großen Wahlen abhielt. Im übrigen blieb der Besich in mäßigen Grenzen; obwohl man sich nicht scheute, die den Saal mit Hunderten von Alphalagrariern zu waltieren, hatte man es doch für nötig gehalten, den mächtigen Raum durch einen Leinwandvorhang um ein starkes Drittel zu verkleinern. Durch dieses einfache aber geniale Kunststück der Regie, das einem Reinhardt Ehre gemacht hätte, war es erst möglich, die gewohnte drangvoll fürchterliche

Enge zu erzielen, die nun Herrn Verter in der „Deutschen Tageszeitung“ Gelegenheit zu dem folgenden Begeisterungsausbruch gibt:

„Eine so gewaltige Versammlung wie die heutige hat der größte Saal der Reichshauptstadt noch nie gesehen... In allen Gängen und Zugängen herrschte ein fast lebensgefährliches Gedränge.“

Mit dem Gedränge stimmt es, aber wie es erzielt worden, ist schon gesagt.

Schon die äußerliche Aufmachung der „gewaltigen Versammlung“ war ein Schwindel.

„Heil dir im Siegerkranz“, klang es dann nach der Eröffnungsrede des zweimal durchgefallenen Abg. Dr. Kofelke. Man ist, um die Stimmung zu heben, zur englisch-amerikanischen Versammlungstechnik übergegangen und unterbricht die Monotonie der Reden durch Abführung erbaulicher Lieder. Aber es will noch nicht recht klappen und der Mann mit der grünen Schleife auf der Tribüne, der heftig gestikulierend den Takt gibt, hat die größte Mühe, Ordnung in die Sache zu bringen. Auch sonst geht es nicht ohne Reglefehler ab, und mit stiller Heiterkeit verzeichnet der Berichterstatter nach der pathetisch vorgelegten Mittelstellung des Kassenrevisors, Bücher und Belege seien geprüft und in Ordnung gefunden worden, beglückwünscht Bravourse. Der einzige Zwischenruf, den die „gewaltige Versammlung“ aus eigenem Gesele bei allen Möglichkeiten und unmöglichkeit Gelegenheiten produzierte: „Juden! Juden!“ wurde schließlich so häufig, daß selbst der wirklich nicht zimperliche durchgefallene Abg. Dr. Dieberich sich genötigt sah, den Zwischenrufern eine kleine Vorlesung über gute Manieren zu halten.

„Keine antisemitische Kadaverversammlung“ soll die Generalversammlung des Bundes der Landwirte sein! Aber seit Jahrzehnten ist wohl in keiner großen Versammlung nicht nur von Zwischenrufern, sondern auch von den bestellten Rednern sowie über die Juden geschimpft worden wie in dieser. Schuld an dem großen Malheur vom Januar 1912, an der furchtbaren Wahlniederlage des Bundes sind nach den übereinstimmenden Ausführungen aller Redner nur zwei: die Regierung und die Juden. Die Regierung, weil sie es unterlassen hat, die ablehnende Haltung der Beschützer bedrohter Portemonnaie-Interessen bei der Erbschaftssteuerreform mit dem Brustton der Überzeugung zu verteidigen, die Juden, weil sie es vorzogen, ihr Geld und ihre Talente in den Dienst anderer, dem Bunde feindlichen Organisationen zu stellen. Es klingt aus all diesen Äußerungen des Hasses etwas wie stille Liebeshehnsucht, wie in jener schmerzlichen Bemerkung, die man einem Wiener antisemitischen Parteiführer in den Mund legt: „Unser Geschäft wird erst wieder in die Höhe kommen, wenn ein tüchtiger Jude die Sache in die Hand nimmt.“

Alle Reden bewegen sich auf dem altbekannten Niveau abgestandener Redensarten. Selbst der durchgefallene Abgeordnete v. Oldenburg-Samschau enttäuscht.

Es ist kein rechter Zug in der Sache! Man ist eben mit aller Welt unzufrieden, besonders mit den Nationalliberalen, weil sie ins republikanische Lager übergegangen sein sollen, im Grunde aber auch, wenn man sich's auch nicht eingestehen will, am meisten mit sich selbst. All die hallenden Worte von deutschen Männerbrütern, deutscher Treue, vom Schutz des Throns und den Siegen, die man demnächst ganz bestimmt wieder zu erringen gedenkt, fallen kraftlos in den Sand der Arena. Einige Kindergeimüser mögen sich noch an die Strohhalm der Hoffnung klammern. Der kühl urteilende Beobachter, der den Auf- und Abstieg des Bundes von den schönen Tagen des Zirkus Busch bis zu den lästigen Regietricks des Sportpalastes miterlebt hat, verläßt die gewaltige Versammlung dieses Bundes der Durchgefallenen in der fähigen Überzeugung:

Der liegt! Und der steht auch nicht mehr auf!

Der Nationalliberale Verein Leipzigs und der Reichstagsabgeordnete Dr. Jund.

Am 19. Februar fand im Schloß Ritterstein eine Vertrauensmännerversammlung des Nationalliberalen Vereins für Leipzig und Umgebung statt, bei der die Vorgänge bei der Präsidentschaftswahl erörtert wurden. Zur Kenntnis genommen wurde hierbei auch ein Brief des Leipziger Reichstagsabg. Dr. Jund, in dem es u. a. heißt: „Daß einzelne Nationalliberale in der Stichwahl zwischen Bebel und Spahn ihre Stimme für Bebel abgegeben haben, ist richtig. Wie viele, steht dahin. Die Fraktion als solche hat damit nichts zu tun. Es war die Geburt eines erregten Augenblicks, die Willensäußerung einzelner gegen ein Zentrumspräsidium, die besser unterblieben wäre. Die Wahl war geheim. Unter diesen Umständen ist es dem einzelnen durch ein natürliches Gefühl des Taktes und der Kameradschaft verwehrt, in der Öffentlichkeit Erklärungen darüber abzugeben, wie gerade er gestimmt habe.“

Die Versammlung sprach hierauf ihrem Abgeordneten auch das Vertrauen und im weiteren die Überzeugung aus, daß ein Zusammenarbeiten mit Sozialdemokraten in den parlamentarischen Geschäften und im Präsidium eine politische Notwendigkeit ist; die grundsätzliche Bekämpfung des sozialdemokratischen Programms und seiner Forderungen, bis für jeden Nationalliberalen selbstverständlich ist, werde dadurch in keiner Weise gehindert. — Also Dr. Jund hat sich mit seinen Wählern ausgesöhnt. Der „Arbeitsausschuß der rechtsstehenden Wähler Leipzigs“ hatte über Dr. Jund bereits den Bannspruch ausgesprochen, da er „das Vertrauen seiner Wähler getäuscht habe und daher die Folgerungen seines Wirkens ziehen müsse.“

Der preussische Staat als Schiffahrtsaktionär.

Die Budgetkommission des preussischen Landtages beschäftigte sich am Montag mit dem preussischen Bergwerksstatut und im Zusammenhang damit mit einer nicht uninteressanten Vorlage über die Beteiligung des preussischen Staates an der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln und der Mannheimer Schleppschiffahrtsgesellschaft. Der preussische Staat will sich insofern an diesen Gesellschaften beteiligen, daß von jeder Gesellschaft 51 Proz. der Aktien erworben wurden, um sich in der Gesellschaft die Majorität zu sichern. Die Aktien werden erworben bei der Kölner Gesellschaft mit 100 Proz., bei

der Mannheimer mit 65 Proz. des Nennwertes, zusammen sind 3 250 000 Mk. hierfür anzulegen. — Jedem einen Einfluß auf die Zusammenfassung der Gesellschaften will sich der Staat nicht scheuen, es handelte sich für ihn lediglich darum, die im staatlichen Bergbau gewonnenen Kohlen unabhängig nach Süddeutschland zu verfrachten zu können. Weber ein Preisdruck auf die Frachten, noch eine Monopolisierung der Schiffahrt sei in Aussicht genommen. Ein mit den Gesellschaften abgeschlossener Vertrag steht lediglich vor, daß die Hälfte der Kohlen zum Preise von 21 Mk., die andere Hälfte zum Tagespreise verfrachtet werde. Durch diesen Vertrag glaubt der Staat frei gegenüber dem Kohlenyndikat zu werden, er könne jederzeit aus Gründen des öffentlichen Wohles aus dem Syndikat austreten, ohne um die Verfrachtung seiner Kohlen besorgt sein zu müssen.

In der Budgetkommission des Landtages wurden kapitalistische Bedenken geltend gemacht. Man fürchtete, der Staat könne als Kohlenproduzent niedrigere Frachten festsetzen, als es mit den Interessen der anderen Aktionäre in Einklang zu bringen sei. Der Minister sollte sich nun ausdrücklich verpflichten, gebührende Rücksicht auf die Minderheit der Aktionäre zu nehmen. Er sagte das zu und versicherte auch, daß die Kaufleute, die gegenwärtig die Gesellschaft leiten, nicht durch Beamte verdrängt werden sollen. Aber auch damit war die Kommission noch nicht zufrieden; da Minister „sterblich“ sind, wollte man eine Bindung der Regierung „auch“ für die etwaigen Minister-nachfolger. Unter der Heiterkeit der Kommission verwies der Minister indessen lediglich auf die Macht des Parlaments, die in Preußen ja keine geringe sei. Die Vorlage der Regierung wurde angenommen.

Die Konservativen und der Kartoffelzoll.

Die „Konservative Korrespondenz“ beschwört in dem Augenblick, da im Reichstage die Interpellation über den Kartoffelzoll verhandelt wird, noch einmal alle bösen Geister, die vor der Aufhebung des Kartoffelzollens zu bewahren. Daß die Agrarier nicht für Aufhebung des Zolls schwärmen, ist erklärlich, sie sollten aber in der Verteidigung ihrer Zollproteste wenigstens nicht zum plumpsten Schwindel greifen. Die „Konservative Korrespondenz“ hat den Mut, von „kettenmäßigem“ der Kartoffelzoll, sowie im Groß- als auch im Kleinhandel zu reden, angesichts der Tatsache, daß gegenwärtig in Berlin kein Pfund Kartoffeln unter 8 bis 9 Pfennigen zu haben ist! Je weiter das Frühjahr vorschreitet und je knapper die Kartoffeln werden, umso mehr wird der Preis steigen — wenn nicht der vom 15. Februar ab zur Erhebung kommende Zoll von 1 Mk. beseitigt wird. Das verlangen die Interpellationen und dagegen reihen die Konservativen Sturm. Warum? Doch nur, weil sie fürchten, daß die Preise gedrückt und der Gewinnungsprozent der Junker beschnitten wird.

Ein Unbequemer.

Von der Sorge getrieben, nicht völlig ausgeschaltet zu werden, haben die Freikonservativen den siegreichen Gegner des Sanuschaus, den Abg. Schröder, aufgenommen und dadurch sind sie nun zu einer Fraktion geworden. Ihr Führer, Freiherr v. Gamp, hat sonach Aussicht, wiederum das Ziel seiner Wünsche zu erreichen, nämlich Vorsitzender der Budgetkommission zu werden. Mit der Aufnahme des Abg. Schröder sind nun aber die Konservativen keineswegs einverstanden. Die „Kreuzzeitung“ hebt hervor:

„Der jetzige Abg. Schröder hat nach unwidersprochenen Zeitungsmeldungen sich auf die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen verpflichtet, und sein Verein hat für ihn um sozialdemokratische Hilfe in der Stichwahl geworben, worauf die „Post“ nochmals diesen Kandidaten von der Reichspartei energisch abhielt.“

Warum haben die Konservativen den Freikonservativen nicht eines ihrer Mitglieder abgetreten? Dann hätte man den Abg. Schröder auch fernherhin verleugnen können. Aber in der Not, da frist der Teufel fliehet; und wenn Freiherr v. Gamp wieder Kommissionsvorsitzender werden kann, dann stoßen sich die Freikonservativen auch nicht an einem Gesinnungsgenossen, der auf sozialdemokratischen Krücken in den Reichstag gehumpelt ist und der sich verpflichtet hat, in besonderen Fragen gegen seine eigene Partei zu stimmen.

Die Gefängnisarbeit im preussischen Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus begann Mittwoch unter völliger Teilnahmslosigkeit der Mitglieder die Beratung des Justizstatuts. Bemerkenswertes wurde dabei kaum zutage gefördert. Ein gewisses Interesse erregte nur die alljährlich wiederkehrende Diskussion über die Gefängnisarbeit, weil die kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden usw. sich durch die Konkurrenz der Gefangenen beschwert fühlen. Ein Regierungskommissar teilte mit, daß der Versuch begangen worden sei, die Gefangenen mit der Sortierung von Altmaterialien des Heeres zu beschäftigen. Bisher habe man damit gute Erfahrungen gemacht und man gedenke, damit fortzufahren. Gleichwohl sei eine vollständige Ausschließung der Konkurrenz durch die Gefangenen nicht möglich. Genosse Liebknecht wies darauf hin, daß man in den Gefängnissen lieber Großbetriebe einrichten solle, damit die Sträflinge mit solchen Dingen beschäftigt werden, die sie auch nach ihrer Entlassung im Leben gebrauchen können.

Bei dem Gehalt des Ministers wurde eine Menge von Wünschen und Beschwerden einzelner Beamtenkategorien vorgebracht. Der polnische Redner beschwerte sich über unnütze Drangsalierung polnisch redender Zeugen und Angeklagten. Der Minister antwortete schroff ablehnend. — Erst morgen kommt der sozialdemokratische Redner zum Wort.

Achtzig Reichstagsmandate angefochten.

Die Abteilungen des Reichstages traten am Mittwoch zusammen, um die eingegangenen Wahlproteste auf ihre Zulässigkeit zu prüfen und diejenigen Mandate, gegen die Wahlproteste nicht eingegangen sind, für gültig zu erklären. Zwei Abteilungen konnten wegen ungenügender Beteiligung nicht in Tätigkeit treten. Im übrigen wurden achtzig Mandate der Wahlprüfungskommission überwiesen, gegen die zulässige Proteste vorliegen.

Die Reichstagswahl im Siegelkreis Waldbroel, wo der Zentrumsabgeordnete Becker sein Mandat niedergelegt hat, um dem in Köln unterlegenen Zentrumsabgeordneten Trimborn den Wiedereintritt in den Reichstag zu ermöglichen, findet am 1. März statt.

Erhöhung der Unterbeamtengehälter.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages brachte im Interesse der Unterbeamten folgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes in dem Sinne vorzubereiten, daß eine angemessene Erhöhung der durchaus unzulänglichen Bezüge der Unterbeamten eintritt;
2. die Unstimmigkeiten und Härten, die sich bei der Einteilung der Ortsklassen ergeben haben, baldmöglichst zu beseitigen.

Eine durchsichtige Sache.

In verschiedenen bürgerlichen Blättern wird die Hege gegen den sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Reichstages und die liberalen Abgeordneten, die für ihn gestimmt haben, fortgesetzt. Neuerdings wird noch von einem Depeschendebureau mitgeteilt, daß unser Genosse seine Bistienkarten bei allen Ämtern abgeben habe, ausgenommen das Reichskanzleramt. Das alle Scharfmacherorgan, die „Post“, bemerkt hierzu sogar in ihrer bekannten niederträchtigen Art: „Daß Höflichkeit nie eine besonders starke Seite der „Genossen“ war, ist bekannt. Wie aber wird der Reichskanzler den Schmerz, von einem Herrn Scheidemann übergangen zu sein, zu tragen wissen?“

Die Meldung des Depeschendebureaus ist un wahr. Es ist üblich, daß durch das Reichstagsbureau die den drei Präsidenten gelaufenen Karten allen Vertretern solcher Behörden, die amtlich mit dem Reichstage zu tun haben, zugesandt wurden. Merkwürdigerweise wurden in dem Adressenverzeichnis auch das Hofmarktsamt und das Berliner Polizeipräsidium aufgeführt. Da das Reichstagspräsidium mit diesen Behörden amtlich nichts zu tun hat, hat Genosse Scheidemann, von der Überzeugung seiner Karten an diese Adressen abzugehen. Das ist denn auch geschehen. Alle weiteren Behauptungen sind un wahr.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 22. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grasmühle S. und Z. Brüggen, Hafensstraße, die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 26. Februar 1912 stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages auf Abänderung der Bekanntmachung vom 19. März 1877, die Beihilfe des Staates zu den Kosten der Armenunterstützung für Forstarbeiter und Angehörige derselben betreffend. II. Wahl der Kommission zur Vorprüfung der Ziffer 2 der Senatsvorlage, betreffend den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn nach Israeltdorf. III. Anträge des Senates: 1. Anschluß des Gaswerks II an die Kaserne des Hochofenwerks. 2. Errichtung einer weiteren Oberbeamten- und einer weiteren Kanzlistenstelle beim Stadt- und Landamt. 3. Errichtung einer weiteren Kanzlistenstelle bei dem Polizeiamt. 4. Erlass eines Gesetzes, betreffend die Ausführung des Wechsungengesetzes vom 26. Juni 1909. 5. Feststellung der im Rechnungsjahre 1912 auszuführenden Pflasterungs-, Wege- und Siedlungsarbeiten. 6. Erlass besonderer Bau- und Anbauvorschriften für das Strandgebiet Travemünde. 7. Erlass eines Nachttrages zu dem Gesetze vom 2. März 1903, die Erhebung einer Straßenbauabgabe betreffend. 8. Fernere Unterstützung der katholischen Schule. 9. Weitere Beihilfe zur Unterhaltung der Schule des Waisenhauses. IV. Eintrag des Vereins für Frauenstimmrecht und weiterer Verein, betr. Einführung von Pflichtfortbildungsschulen für die weiblichen gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge.

Der Bürgerausschuß stimmte in seiner gestrigen Sitzung den Senatsanträgen zu auf Bewilligung von 1400 Mk. zu Staatspreisen für die Segelwettfahrten des Lübecker Jachtklubs im Jahre 1912, betr. Erwerb eines Wegeareals in Schlutup von dem Fischräucherereibesitzer Peter Wade daselbst, betr. Bewilligung von 1700 Mk. zur Beschaffung einer Orgel für die Petruskirche Strednitz und betr. Urcalerwerb aus dem Grundstücke Kirchenstraße Nr. 7. Gutachtlich befristet wurden die Senatsanträge betr. den Etat der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für das Rechnungsjahr 1912 und den Erlass eines Gesetzes, betr. die Ausführung des Wechsungengesetzes vom 26. Juni 1909. Die Beratung des Senatsantrages betreffend die Bewilligung weiterer Mittel in Höhe von 25 000 Mk. zum Ausbau des ehemaligen St. Annenklusters für Museumszwecke wurde vertagt; der Bürgerausschuß will die zum Ausbau für Museumszwecke in Aussicht genommenen Räume des ehemaligen Klosters zunächst einmal in Augenschein nehmen. Ausgesetzt wurde ferner die Beratung über einen Senatsantrag, der verlangt, daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten für die Fortsetzung der Vorarbeiten zur Erschließung von Grundwasser und für die Ausführungen zur Nutzbarmachung des erschlossenen Grundwassers für die Wasserversorgung Lübecks nach den von dem Direktor Hase gemachten Vorschlägen der Betrag von 94 000 Mk. aus Antiehemitteln bewilligt werde.

Die Eingemeindung des Städtchens Travemünde sowie verschiedener Landgemeinden beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Das Senatsdekret lautet: Die Umgestaltung der Verhältnisse, die sich in den letzten Jahren in Travemünde durch das Anwachsen des Seebades, in der Mehrzahl der am linken Ufer der Untertrave liegenden Landgemeinden durch die Niederlassung industrieller Unternehmungen vollzogen hat, und die Unzuträglichkeiten, die sich daraus ergeben, daß die dort bestehenden Gemeindeverwaltungen auf die neuen Verhältnisse nicht zugeschnitten sind, hat, da andere Auswege sich als ungangbar erwiesen, bei den beteiligten Behörden zu dem Gedanken geführt, die betreffenden Gebiete in die Stadt einzugemeinden. Auf einen im Anfang des Jahres 1911 von dem Finanzdepartement, dem Polizeiamt und dem Stadt- und Landamt hierüber erstatteten gemeinsamen Bericht hat der Senat sich grundsätzlich mit der Eingemeindung einverstanden erklärt und das Stadt- und Landamt beauftragt, ihm im Einver-

Händels mit den übrigen in Betracht kommenden Verträgen eine Gesetzesvorlage hierfür entgegenzubringen. Nachdem das Stadt- und Landamt im Oktober v. J. diesem Vorlage nachgegeben war, und dabei vermerkt hatte, daß die Verhältnisse, wie sie sich neuerdings in der Gemeinde Molsling gestaltet haben, die Eingemeindung auch dieser Landgemeinde angebracht erscheinen ließen, hat der Senat sich mit den vorgeschlagenen gesetzlichen Bestimmungen, von Einzelpunkten abgesehen, und auch mit der Einbeziehung Molslings in die Eingemeindung grundsätzlich einverstanden erklärt und das Stadt- und Landamt mit der Bearbeitung einer entsprechend angeänderten und erweiterten Vorlage beauftragt. Sie ist in der Anlage abgedruckt und vom Senate nach eingehender Beratung genehmigt. Danach beabsichtigt der Senat, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Eingemeindung des Städtchens Travemünde, sowie der Landgemeinden Gneversdorf, Kücknitz, Siems, Herrenwyl, Krempelesdorf, Vorwerk und Molsling in die Stadtgemeinde Lübeck zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen. Der Bürgerausschuß gelangte mit der Beratung dieser Vorlage nicht zum Abschluß, sondern vertagte die Fortsetzung auf seine nächste ordentliche Sitzung. In dieser Eingemeindungs-Vorlage ist bemerkenswert, daß sie ihre Entstehung nicht nur Zweckmäßigkeitsgründen verdankt, sondern daß politische Rücksichten für sie maßgebend waren. Das geht klar hervor aus dem Satz, die Verhältnisse in Molsling hätten sich neuerdings so gestaltet, daß die Eingemeindung dieser Landgemeinde angebracht erscheine. Die Bürgerschaft wird darüber ja auch noch ein Wort mitzusprechen haben. Wie man nach den projektierten Eingemeindungen die Bürgerchaftswahlbezirke und die Zahl ihrer Vertreter festlegen will, ist aus dem Bürgerausschußprotokoll nicht ersichtlich, doch dürfte die Frage von erheblicher Bedeutung sein.

Die Errichtung der Stelle eines Gewerbeaufsichtsbeamten und Hebung der Stelle des Baupolizeingenieurs beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Mittels Dekrets vom 24. Juni vor. Jz. hatte der Senat zur gutachtlichen Erklärung des Bürgerausschusses die Anträge gestellt, daß zum 1. Oktober 1911 1. die Stelle des Werkbeamten aus einer Bauwerkstoffe 1. Gehaltsklasse in eine Stelle nach Klasse A XII des Beamtenbesoldungssatzes vom 18. Februar 1911 mit der Bezeichnung „Verwalter der Staatswerke“ umgewandelt, 2. die Stelle eines Gewerbeaufsichtsbeamten, der zugleich die Dampfesselrevisionen auszuüben haben wird, nach Klasse A XVII des Beamtenbesoldungssatzes errichtet, 3. die Stelle des Baupolizeingenieurs aus Klasse A XV nach Klasse A XVII des Beamtenbesoldungssatzes versetzt und 4. dem Betriebsinspektor Lorenz für die ihm aus sachlichen Gründen entsprechenden Nebeneinkünften eine persönliche pensionsfähige Gehaltszulage von 600 Mk. jährlich bewilligt werde. Die zur Vorprüfung dieser Vorlage eingesetzte Kommission hat im Februar d. Jz. einen ersten Bericht erstattet und beantragt, indem sie sich vorbehält, über die Punkte 1 und 4 der Vorlage besonders zu berichten, die Senatsanträge unter den Ziffern 2 und 3 in der nachstehenden Fassung der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung zu empfehlen: daß zum 1. April 1912 1. die Stelle eines Gewerbeaufsichtsbeamten, der zugleich die Dampfesselrevisionen auszuüben haben wird, nach Klasse A XVII des Besoldungssatzes errichtet und 2. die Stelle des Baupolizeingenieurs aus Klasse A XV nach Klasse A XVII des Besoldungssatzes versetzt werde. Dem Antrag der Kommission gemäß beschloß der Bürgerausschuß die Senatsanträge unter Ziffer 2 und 3 in der von der Kommission empfohlenen abgeänderten Fassung gutachtlich zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft zu empfehlen.

Kriegervereine gegen das Wahlgeheimnis. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß den sogenannten Kriegervereinen noch eine ganze Reihe von Arbeitern und anderen Leuten angehören, die im Grunde ihres Herzens zur Sozialdemokratie neigen, die aber nicht konsequent genug sind, den „kameradschaftlichen“ Organisationen, die von der Reaktion zu Vorparasiten benutzt werden, den Rücken zu kehren. Man weiß allerdings auch, wie namentlich in ländlichen Gebieten die Arbeiter in diese „Kriegervereine“ gegen ihren Willen hineingezwungen werden. Kommt dann die Reichstagswahl, so geben diese Kriegervereinsmitglieder, der besseren Überzeugung folgend, ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten ab. Die Hintermänner der Kriegervereine sehen auf solche Weise ihre volksfeindlichen Absichten durchkreuzt, was sie natürlich schwer wundert. Auf welche Weise sie jetzt das Wahlgeheimnis beseitigen möchten, zeigt folgendes Schreiben, das an eine ganze Reihe von Mitgliedern des Kriegervereins im benachbarten mecklenburgischen Ort Daffow gerichtet war:

Das Ergebnis der letzten Reichstagswahl im Wahlbezirk Vorwerk-Neuvorwerk legt den Verdacht nahe, daß ein großer Teil unserer dortigen Mitglieder dem Vertreter der Sozialdemokratie seine Stimme gegeben hat. Die Mitglieder haben sich dadurch gegen § 1 Absatz 1 unserer Satzungen verangen. Wir sehen uns daher gemäß § 7 der Satzungen veranlaßt. Sie aus dem Kriegerverein zu Daffow auszuschließen, falls Sie nicht bis zum 25. Februar ds. Jz. einschließl. „auf Ehre und Gewissen“ dem Vorsitzenden gegenüber die Erklärung abgeben, nicht sozialdemokratisch gewählt zu haben.

Der Vorstand des Kriegervereins zu Daffow.

Die Empfänger dieses Schreibens wären töricht, wenn sie darauf überhaupt reagieren würden. Solange das Wahlgeheimnis besteht, gilt es für alle deutschen Wähler, selbst wenn das gewissen Reaktionen unbequem ist.

Eine Bezirkskonferenz des Verbandes der Bäcker und Konditoren für Lübeck und Mecklenburg tagte am Sonntag, dem 18. Februar, im Restaurant „Thalia“ in Schwerin, über die Nachmittage der Gegner bei unseren Lohnkämpfen hielt der Gauleiter L. K. v. ein eingehendes Referat. Zum Punkt „Welche Lohnkämpfe stehen unserem Bezirk bevor“, äußerten sich verschiedene Redner aus Lübeck und Rostock, daß in diesen Orten bessere Arbeitsbedingungen errungen werden müssen, denn gegenüber anderen gleich großen Städten sei man hier noch weit zurück; durch gute Schulung der Mitglieder und tüchtige Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen hoffte man, auch hier bald vorzugehen. Über die Agitation unter den Bäckern führte Biescher aus, daß diese eine sehr schwere sei gegenüber anderen Berufen. Wichtig und taktisch müsse eine Agitation eingeleitet werden; auch den Bruderschaftsvereinen muß man einkommen versuchen, denn vielen dieser Leute fehlt es nur an Aufklärung über unsere Bestrebungen. Auch das in der Fabrikbranche zu uns Prozeß beschäftigte weibliche Element sei ungemein schwer zu gewinnen. Mit der Heranziehung und Ausbeutung weiblicher Agitationskräfte habe man die besten Erfolge erzielt. In der lebhaften Diskussion wird von allen Rednern die mündliche Agitation als die beste hingestellt; deshalb müsse man bestrebt sein, junge Kollegen über Agitation gut zu schulen. Über Arbeiterschutz und Lehrlingschutz sprach sodann Flottow. Seit der Bundesratsverordnung ist im Arbeiterschutz wenig geleistet worden. Die ganzen Arbeiterschutzbestimmungen stehen nur auf dem Papier und die zu überwachenden Instanzen tun wenig in dieser Sache. Es müsse die Anstellung weiblicher Assistenten des Gewerbeinspektors gefordert werden, und vor allem Kon-

tröllere aus Arbeiterkreisen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß vielfach in Wäckerleien und Konditoreien in hygienischer Schutzbestimmung noch recht viele Mängel vorherrschend sind. Aber: Unsere Krankenversicherung sprach Biescher kurz. In der Diskussion wurde im großen und ganzen diese Neuerrichtung begrüßt und der Verhandlungstag wird zu beschließen haben, inwieweit noch Verbesserungen gemacht werden können. Über den Bezirksschutz nachweis referierte Holm. Er beleuchtete die Bedeutung des Arbeitsschutzes in der Hand der Gewerkschaften, forderte die Ausbaugung desselben, sodas stets tüchtige Arbeitkräfte nachgewiesen würden. Die weiteren Ausführungen sowie die Diskussion waren interner Natur. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Vorlesungsweisen der Oberichtsbehörde. „Das Gesangs- und Sprechorgan des Menschen.“ Am dritten Vorlesungsabend, dem 21. Februar 1912, erläuterte zuerst Herr Dr. Witt das Zusammenarbeiten von Stimmarzt mit dem Stimmpädagogen. Er führte aus: Das berufsmäßige Singen und Sprechen ist eine Tätigkeit, die ganz außerordentliche Anforderungen an die Körper- und Geisteskräfte des Menschen stellt; deshalb sollte eigentlich für alle diesen Berufe zuwendend, eine vorherige ärztliche Untersuchung als selbstverständlich gelten, ob sie diesem Beruf auch gewachsen sind. Denn es gibt eine Reihe von Krankheiten des Körpers und insbesondere der Stimmorgane, welche erst dem Betroffenen nicht bemerkbar sind, aber bei weiterem Fortschreiten zu diesem Berufe untauglich machen. Die Stimmorgane des Sängers geht im allgemeinen der Größe des Kehlkopfes und der Stimmritze parallel. Das geht aber nicht so weit, daß man daraus beurteilen könnte, ob ein Sänger als Bass oder Tenor resp. Alt oder Sopran auszubilden ist; das muß der Lehrer nach dem Stimmklang beurteilen. Der harte Stimmklang ist beim Singen und Sprechen deshalb zu vermeiden, weil er, wie in einem Bild gezeigt wurde, Schwielen an den Stimmritzen verursacht, die die Stimme natürlich schädigen. Man unterscheidet klare und heisere Stimmen; nur letztere zog Redner in den Kreis seiner Betrachtung. Eine Stimme ist dann heiser, wenn man bei ihr nicht lediglich den musikalischen Klang hört, sondern noch ein Geräusch daneben. Man hat früher geglaubt, daß eine Stimme nur dann heiser sei, wenn organische Leiden der Stimmritze vorliegen. Heutzutage weiß man, daß es aber auch viele Fälle von Heiserkeit gibt, die lediglich funktioneller Natur sind, d. h. durch die Tätigkeit der Stimmorgane hervorgerufen werden. Ein gutgeschulter Stimmpädagoge ist meist in der Lage, mit dem Ohr schon feinzustellen, ob eine vorliegende Heiserkeit funktioneller oder organischer Natur ist, was dann soviel bedeutet will, als im ersteren Falle kann er selbst helfen, im zweiten muß es der Arzt. Das die Heiserkeit verursachende Geräusch kann physikalisch zweierlei Ursachen haben, entweder unregelmäßige Schwingung der Stimmritze oder zu starkes Ausströmen der Luft. Unregelmäßig schwingen die Stimmritzen, wenn sie verdit oder geschwulstig zerfallen sind. So kommt die Heiserkeit beim Kehlkopfkrebs und der Kehlkopfschwund auch bei Spielweise zustande; meist wird die Heiserkeit aber verursacht durch das sich dem Ton beimischende Geräusch der ausströmenden Luft. Das ist z. B. der Fall bei den Kehlkopf- und bei Stimmritzenlähmung. Von letzterer wurde eine grammatophische Aufnahme, die von Professor Gugmann hergeleitet war, vorgeführt, gleichzeitig auch die Wiederherstellung der Stimme in einem solchen Falle erläuternd. Die bisher angeführten Krankheiten haben mit der fehlerhaften Stimmritzebildung nichts zu tun. Es gibt aber auch organische Leiden, die durch fehlerhafte Stimmritzebildung hervorgerufen werden. Dahin gehören: die Sängerkrüden und die Stimmritzenlähmungen. Die Sängerkrüden machen so charakteristische Erscheinungen, daß auch der Nicht-Mediziner sie oft lediglich durch das Gehör erkennen kann. Sie sollen nicht operiert werden, sondern durch richtige Stimmritzebildung zum Verschwinden gebracht werden. Bei den Stimmritzenlähmungen, bei denen die Stimmritzen nicht ordentlich schließen, ist es besonders deutlich, wie vervoll das Zusammenarbeiten von Stimmarzt und Stimmpädagogen sein kann. Diese Stimmritzenlähmungen haben auch am Anfang des Gesangsunterrichts häufig die Schuld an der Unfähigkeit des Sängers, den Atem zu beherrschen. Zum Schluß ging Redner noch auf die Indisposition des Sängers ein, die verschiedene Ursachen haben kann, teils seelische, teils körperliche; die seelischen sind die Folgen von seelischen Erregungen unangenehmer Natur, an denen ja viele Künstlerlaufbahnen sehr reich sind; die körperlichen sind manchmal auf zu starkem Genuß von Alkohol und Tabak zurückzuführen, meist aber auf Schleimbaukatarrh. Das beste Mittel gegen diese Indispositionen ist eine gründliche gesangstechnische Schulung, die leider heutzutage immer seltener wird. Ein gutgeschulter Sänger kann fast alle Indispositionen überwinden. Arztlicherseits gibt es Mittel, wodurch solche Indispositionen behoben werden können, wenn Not an Mann ist. Dadurch wird manche Absage von Künstlern vermieden.

Danach sprach Fräulein Clara Hoffmann, Hamburg. Sie zeigte, wie die Wissenschaft, ärztliche und phonetische, der Stimmtechnik eine solide Grundlage verleihen und sie fördern könne. Dann gab sie eine Beschreibung der Stimmritzenbeschwerden bei Stimmtrinken, deren Ursache sowohl in körperlichen Erkrankungen, als auch am falschen Gebrauch der Stimme liegen kann. Die Beseitigung solcher Stimmritzenkrankheiten gründet sie in erster Linie auf richtige Atmung, ferner soll der Schüler lernen, nach dem Gefühl das Anschlagrohr so einzustellen, wie es für die Tongebung am günstigsten ist. Auch eine gute Artikulation ist ungemein förderlich für die Stimmritzebildung. Rednerin hat 487 Kinder an Hamburger Volksschulen geprüft und darunter nur 264 Stimmen klar gefunden; die übrigen waren, obgleich eine organische Erkrankung nicht vorlag, heiser. Von der Möglichkeit, diesen Kindern die richtige Tonbildung beizubringen hat sich Rednerin praktisch überzeugt und gründet darauf ihren Wunsch, daß schon beim ersten Fibelunterricht die Lautbildung richtig eingeübt werde und daß im Gesangsunterricht in den Schulen die gesunde Tongebung weiter fortgeführt werden möchte. — Den Schluß des Vortrages bildete die Demonstration einer Reihe von Sprechübungen der Rednerin, welche früher stark stimmtrank waren und nun geheilt sind.

pb. Eigentumsvergehen. Aus einem an der Segebergstraße belegenen Hause ist am Sonnabend, dem 17. d. M. eine silberne Herren-Remontuhr mit einer langen schwarzen Kette abhandeln gekommen und vermutlich gestohlen worden. In dem Deckel der Uhr ist der Name „F. Latendorf“ eingraviert. — Am 21. d. M. zwischen 6 und 7 Uhr abends ist von einem Wagen, der vor dem Hause Deppenau Nr. 22 ohne Aufsicht hielt, eine Tüte mit 5 Pfd. Kaffeebohnen gestohlen.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 21. d. M., nachmittags zwischen 2 1/2 und 4 Uhr, ist vom Hofe des Holstenhauses ein Geschäftsfahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und ziemlich neuen Stummeln abhandeln gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Freitag geht Vorigs romantische Oper „Und in e“ in Szene. In

den Hauptpartien sind die Damen Kruse, Thureus und Janßen sowie die Herren Kollwitz, Langefeld, Schorn, von Schend und Frabian beschäftigt. — Am Sonnabend kommt als volkstümliche Lustspiel „Vorstellung bei kleinen Breiten Schafepars Luftspiel „Was ihr wollt“ zur Wiederholung. — Infolge des großen Andrangs zu dem am vorigen Freitag erfolgten Gastspiel Bilts hat sich die Direktion veranlaßt gesehen, dem Künstler zu einem nochmaligen Gastspiel in Henrik Ibsens „Wildente“ und zwar für Montag, den 26. Februar einzuladen.

Stadthalletheater. Man schreibt uns: Am Freitag, abends 8 Uhr, kommt das wirkungsvolle Lustspiel „Doktor Klaus“ von Adolph Brongne zur Wiederholung.

Schwarten. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen, Freitag, im Lokale des Herrn Hintert „Trankaal“ statt.

Moorgarten. Parteiversammlung. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, findet die zweite Mitgliederversammlung unserer jungen Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins statt. Das Referat hat der Genosse Redakteur Stelling-Lübeck übernommen, der über den Ausfall der Wahlen und die politische Situation im Reich sprechen wird. Es ist darum Pflicht aller Mitglieder in der Versammlung zu erscheinen. Gäste sind willkommen.

Hamburg. Milchpreiserhöhung in Sicht? Vom 1. Mai dieses Jahres ab beabsichtigt der Ring der Milchproduzenten in der Umgegend von Hamburg-Altona, für die Milchhändler eine Milchpreiserhöhung in Kraft treten zu lassen. Für die Monate Mai bis August wird 1/2 Pf. pro Liter mehr, für die ferneren 4 Monate 4 Pf. pro Liter mehr und für die letzten 4 Monate wieder 1/2 Pf. pro Liter mehr verlangt. Begründet wird die Milchpreiserhöhung von den Produzenten damit, daß sie behaupten, durch die im letzten Sommer vorherrschend gewesene Dürre und durch die Viehseuche so große Verluste erlitten zu haben, daß ihre Milchpreiserhöhung Berechtigung habe. Die Milchhändler wehren sich gegen diese in Aussicht genommene Erhöhung des Milchpreises und haben versucht, genügend ringfreie Milch, die etwas billiger ist, und auch dänische Milch zu bekommen. Um nun Stellung zu nehmen gegen die beabsichtigte Erhöhung, hatte die von dem Verein hamburgischer Milchhändler eingesetzte Kommission eine Versammlung für Interessenten an rindlicher Milch nach „Goswols Gesellschaftshaus“ einberufen, die von circa 200 Personen besucht war. In der Versammlung sprach man sich dahin aus, daß es unmöglich sei, die Erhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen, denn die kleinen Leute könnten den Preis schwer aufbringen, es würde aber auch unter den Händlern die Einheit fehlen und drittens habe man die Konkurrenz der „Produktion“, die sogar eine eigene Meierei in Mecklenburg gekauft habe, und der anderen Konsumvereine, die man als die Scheuderer bezeichnete, zu befürchten. Die Kommission will, wie in der Versammlung ausgeführt wurde, Zwanzigliterfannen anschaffen und die Milch für 16 1/2 Pfennig pro Liter frei ins Haus schaffen. Ein etwaiger Überschuss soll am Jahresende an die Interessenten verteilt werden. In einer längeren Debatte vertrat den meistenten Redner die Ansicht, daß man sich von den Produzenten auch nicht knechten lassen solle, wenn man auch den Frieden gern wolle. Um dem Ring einen Gegendruck zu bieten, erklärten sich viele Teilnehmer der Versammlung bereit, sich zur Übernahme von dänischer Milch zu verpflichten und eine Kautions von 50 Mk. zu stellen. In Altona fand ebenfalls eine Versammlung der dortigen Milchhändler statt, die einen ähnlichen Verlauf nahm — Starker Rebel hemmte Mittwoch den Verkehr im Hamburger Hafen. Um die Mittagsstunde wurde die Finsternis in der Stadt so groß, daß überall Lampenbeleuchtung notwendig wurde.

Altona. Tod auf den Schienen. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag abend auf dem Bahnhöfen der Altona-Raltenfirchner Waha unmittelbar hinter Sidelstedt. Als ein rangierender Güterzug abends nach 9 Uhr die Stelle passierte, sah der auf dem Puffer (?) des letzten Wagens befindliche Beamte der Bahn auf den Schienen einen dunklen Gegenstand liegen. Es war die Leiche eines etwa 16 Jahre alten jungen Menschen. Der Kopf war glatt vom Rumpfe abgetrennt und lag auf den Schienen; ebenfalls war der rechte Fuß abgetrennt. Man nimmt an, daß der junge Mann aus dem 8 Uhr 10 Minuten hier abfahrenden Zuge gefallen und dann von diesem überfahren worden ist. Dann haben ihn auch noch der 9-Uhr-Zug und der Güterzug überfahren.

Schiffahrt bei Hamburg. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Dienstag nachmittag um 4 Uhr in der Hamburgerstraße zugetragen. Ein nach Hamburg fahrendes, mit drei Personen besetztes Automobil wollte einem auf der Straße spielenden kleinen Knaben ausweichen. Da der Knabe direkt auf das Automobil zulief, hielt der Chauffeur scharf nach dem rechts befindlichen Fußsteig zu, dabei wurde die an einem Richtleitungsmast stehende 4jährige Tochter des Arbeiters Meyer von dem Auto erfaßt, gegen den Kautlein geschleudert und über den Kopf gefahren, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Knabe war mit dem Schreck davongekommen.

Schleswig. Heimatos. Welch ungeheuerliche Zustände in Schleswig-Holstein noch bestehen, davon legt eine Eingabe Zeugnis ab, die soeben dem Reichstage zugegangen ist. Die Petenten fordern eine durch das Reich vorzunehmende Untersuchung der nordschleswigischen Heimatlosenfrage. Sie begründen dies wie folgt: „Es wohnen in der Stadt Appenrabe eine erhebliche Zahl sog. Heimatloser, welche weder im Deutschen Reich noch anderswo Staatsangehörigkeit besitzen. In der überwiegenden Anzahl sind es Kinder früher eingewanderter dänischer Untertanen. Sie sind hier geboren und aufgewachsen, ihre älteren Brüder sind bei Eintritt in das militärpflichtige Alter in den preussischen Staatsverband aufgenommen worden, ihre Schwestern mit preussischen Staatsangehörigen verheiratet. Seit einiger Zeit ist jedoch die Aufnahme solcher Personen plötzlich sistiert worden, welches eine große Beunruhigung der betr. Kreise zur Folge gehabt hat. Zudem wird ihnen in neuerer Zeit die Niederlassungserlaubnis verweigert, wenn sie heiraten, sodas sie vor die Wahl gestellt sind, entweder nicht zu heiraten, oder ihre tatsächliche, wenn auch rechtlich zweifelhafte Heimat zu verlassen. In der Konsequenz sind mehrere Heimatlose, die die Heirat nicht aufchieben konnten oder wollten, nach Verlauf einer nicht benutzten Frist zur Auswanderung ausgemüßelt worden und wegen Nichtbefolgung der betr. Polizeiverfügungen in Polizeistrafen genommen, die im Wiederholungsfall sich steigerten.“

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul L. Stelling, für den gesamten Inhalt Johannes Stelling, Verleger: L. H. S. w. a. r. h. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Telephonisch

können Inserate nur aus-
nahmungsweise in ganz drin-
genden Fällen angenom-
men werden. Für die richtige
Wiedergabe telephonisch
aufgegebener Inserate
übernehmen wir keine
Garantie und können event.
Fehler nur auf Kosten der
Inserenten berichtigen.

Expedition des
„Lübecker Volksboten“.

Einfaches Zimmer

zu vermieten Weithoffstraße 1. I.

Ein eleg. Damen-Modenanzug
(Mode) zu vermieten.
Frau Maas, Heinrichstr. 18 (Wurdt.)

Zu kaufen gesucht gut erhaltene
Sportfahre. Aug. mit Preisang.
W. A. an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen: Ein Kinderwagen,
Inderflappstuhl, eine Spieldose.
Hensfeld, Schnoorstraße 3.

Eine Bettstelle mit Seeagrass-
matratze zu verkaufen
Warendorfstraße 62. III.

— Feiner —

Lindenblüten-Schlenderhölz
zu verkaufen.

Höpner, Marktstraße 42 d.

Einen großen Zuganker
zu verkaufen Wilh. Möller,
Hensfeld, Schnoorstraße 11.

Wegen Aufgabe

ein Posten
Kinderwagen, Sib- u. Liegewagen,
Sportwagen, Poppenwagen,
Triumphkühle bill. verkauft werden.

Joh. Baade, Sachsenburger
Allee 34 a.

Alte frische
Nunherwaren

Heinrichstr. Nr. 6
Verkauf auf der Diele.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 10

sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. n. a.:

Leberhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.85
Bwinn-Hosen . . . 1.68—3.25

leimene Jacken, Schräge u. gerade.
1.28, Rajen, Hemden, Schlachter-
jacken, Kreierjacken, Wästermäntel
erkantlich billig. Mägen von 30
Pf. bis 1.88 Pf. Note Lubecan.

Für Zahnleidende!

Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit
beim Essen.

Teilzahlung gestattet.
Marcks, Breite Straße 56
v. 10—12.4—6 Uhr.

Meinen werten Nachbarn, Freunden und
Gönnern zur Nachricht, daß ich in meinem
Hause: Lübeck, Fleischhauerstraße 34, am
Freitag, dem 23. Februar d. J., ein renoviertes

RESTAURANT

eröffne. Für gute Speisen, Getränke und Be-
dienung sorgend, bitte, mein Unternehmen
gütigst zu unterstützen. Hochachtungsvoll

Aug. Jack.

Textbücher

zur Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins
am Sonntag, dem 3. März:

Was ihr wollt, Lustspiel von W. Shakespeare,
sind zum Preise von **20 Pfg.** bei uns erhältlich.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte
im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,

zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen
Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um
die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrass 46.

So wirkt ein Schleimzusatz von



Knorr-Hafermehl
zur Kuhmilch
Seit 40 Jahren bewährt.

Aug. Büttner, Uhr-
macher,
32 Huxstraße 32.

Reparaturen an Uhren und Gold-
waren zu den bel. billigen Preisen,
Prima Uhrgläser 25 Pfg.

Neu eingetroffen:
— Moderne Wanduhren. —

Sozialdemokratischer Verein
Schwartau-Hensfeld

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 23. d. M.
abends 8 1/2 Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal),
Um rege Beteiligung erücht
Der Vorstand.

Kalnbergs
UNIVERSUM.

Treffpunkt aller
fröhlichen Menschen!

Beg. abds. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
Entree 20 Pfg.

Neues Stadttheater.

Freitag, 23. Februar. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 184. Freitag-Ab. 22

UNDINE.

Romant. Oper von Lohring.
Sonntags, 24. Februar. 7 1/2 Uhr
Voll-Ab. 185. Außer Sonntags-Ab.

Bei kleinen Preisen!
Was ihr wollt.

Lustspiel von Shakespeare.
Musik von Humperdinck.
Vorläufige Anzeige.

Montag, 26. Februar. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 187. Montag-Ab. 22

Gewöhnliche Preise!
Auf vielseitiges Verlangen!
Nochmaliges Gastspiel

Robert Nhil

vom Deutschen Schauspielh. Hambg.

Die Wildente.

Schauspiel von Henrik Ibsen.

Stadthallentheater.

Freitag, 23. Februar. 8 Uhr.

Doktor Klaus.

Lustspiel von Ab. Arronge.
Vorverkauf täglich in den bekannt.
Stellen bei Nagel, Markt 14. und
Kob. Kohnmarkt 13.

Morgen Grünkohlessen Morgen

Freitag, den 23. d. M.,

wozu ich alle meine Freunde und Gönner ergebenst einlade.

Gottfried Matthiessen, Filbergrube 67.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

8 1/2 Uhr. **Hansa-Theater.** 8 1/2 Uhr.

Tel. 610. Dir.: Reinhold Goltbach. Tel. 610.

Donnerstag, den 22. Februar 1912:

Uraufführung

Der Herzog von Westminster.

von A. Ward und Harry Walden.

Vorher die glänzenden Spezialitäten.

Vorverkauf bei Sager, Zigarrengeschäft, Kohnmarkt, und

Niemeyer, Zigarrengeschäft, Breite Straße.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 21. Februar 1912.

11. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wermuth, Dr. Delbrück.

Die Teuerungsinterpellationen.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Freisinnigen, die die sofortige zeitweise Aufhebung des Zolles auf Mais und Futtergerste und die Suspendierung des am 15. Februar eintretenden Kartoffelzolls bis zum 1. Mai ds. Js. fordert; sowie die Interpellation der Sozialdemokraten (Albrecht und Genossen), die die Aufhebung des Kartoffelzolls und die Aufhebung des Zolles auf Mais und Futtergerste mit Rücksicht auf die herrschende Teuerung und den vorhandenen Futtermangel fordert.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Dr. Wendorf (Frp.) begründet die freisinnige Interpellation. Hoffentlich haben die vor acht Tagen vom Staatssekretär angekündigten Erwägungen im Bundesrat zugunsten der Aufhebung des Kartoffelzolls und der Suspendierung des Maiszolls zu dem Beschlusse beigetragen, den Kartoffelzoll zu suspendieren. Das Kopfsuchen des Staatssekretärs, daß ich jetzt erwartet habe, ist leider ausgeblieben. Die Verteuerung eines so notwendigen Nahrungsmittels, wie die Kartoffel, um 5 Wfg. per 10 Pfund durch den Zoll ist nicht gleichgültig. (Sehr richtig! links.) Dazu kommt die allgemeine Teuerung aller notwendigen Lebensmittel. Werden doch überhaupt 15 Millionen mehr für die Naturalversorgung der Armee gefordert. Der Zusammenhang dieser Teuerung mit der Reichsfinanzreform liegt auf der Hand. Für die Konsumenten ist die Suspendierung des Kartoffelzolls bis zum 1. Mai unbedingt notwendig. Aber auch die Landwirtschaft kauft heute mehr Kartoffeln, als sie verkauft. Nach dem steht nicht fest, wie viel Saatkartoffeln die Landwirtschaft wird kaufen müssen. Frankreich hat Überfluß an Kartoffeln. Im zweiten Teile unserer Interpellation verlangen wir auch nur die zeitweise Aufhebung des Zolles auf Mais und Futtergerste. Der bayerische Landwirtschaftsrat hat die gleiche Forderung erhoben; ebenso verlangen die Viehhaltenden Landwirte in Hannover diese Erleichterung. Sie würde besonders den Bauern zugute kommen, denn der weitläufigste Teil des Viehs in Deutschland wird von Bauern gehalten. (Sehr richtig! links.) Diese Forderung findet in der bäuerlichen Bevölkerung volles Verständnis, und die Konservativen sind auf dem besten Wege die bäuerlichen Mitläufer zu verlieren. (Sehr wahr! links.) Daß der Großgrundbesitz in größerem Umfange zur Viehhaltung übergehen könnte, ist ausgeschlossen. Ich als Großgrundbesitzer weiß am besten, daß das alte Wort richtig ist: Das Auge des Herrn macht das Vieh fett! Der Regierung rufe ich zu: Doppelt gibt, wer schnell gibt. (Lebh. Weisf. links.)

Voß (So.) Als 1902 der Zolltarif beschlossen wurde, feierte agrarische Selbstschutz und agrarischer Eigennutz wahre Erlumpen. Die Stimme der Vernunft drang nicht durch. Zugleich haben sich die Folgen gezeigt: den Agrariern geht es ausgedehnt, aber die Lage des Volkes ist von Jahr zu Jahr trübseliger geworden. Wir stehen fast vor einer Hungersnot. (Sehr wahr! b. d. So.) Einen ganz besonderen Geniestreich haben sich die Herren Zöllner mit der Einführung des Kartoffelzolls geleistet, den sie trotz des Einspruchs des Fürsten Bülow beschlossen haben. Dabei gibt es in Deutschland weite Distrikte, in denen die Bevölkerung nur von Kartoffeln lebt und wo die jegliche Kartoffelteuerung geradezu ein Unheil ist. Dort gilt das Verschen:

Kartoffeln in der Früh
Des Mittags in der Brüh!
Des Abends in ihrem Kleid
Kartoffeln in alle Ewigkeit!

Für die 20 Millionen Menschen in Deutschland, die ein Einkommen unter 900 Mk. haben, ist die Kartoffel die vorwiegende Nahrung, und es gibt nichts Härteres, als sie diesen

Massen zu verteuern. In Vorahnung des steigenden Kartoffelkonsums hat die Landwirtschaft den Anbau außerordentlich gesteigert. Eine Missernte in Kartoffeln ist für einen großen Teil des deutschen Volkes das größte Unglück, denn die Leute sind bereits auf den allerniedrigsten Nahrungsmitteln angelangt und können Hülsenfrüchte und Gemüse garnicht mehr bezahlen. Man will uns mit dem Schlagwort beruhigen: Teures Brot, hohe Löhne. Die Löhne sind aber keineswegs in dem Maße gestiegen, wie die Nahrungsmittelpreise. (Sehr richtig! b. d. So.) In den letzten drei Jahren ist der Lohn gegenüber 1902 nur um 8 Proz. gestiegen, die Nahrungsmittelpreise aber um weit über 20 Proz. gestiegen. Man hat das letzte Jahr ja als Notjahr bezeichnet und von hoher Stelle aus von einer Flügung des Himmels gesprochen. Der Himmel kann aber gar nicht so mitleidlos sein, wie unsere Agrarier. (Sehr gut! b. d. So.) Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt bereits, sie würde die Aufhebung des Kartoffelzolls auf das Dehnbare bedauern und sie behauptet, die deutschen Arbeiter wollten nicht nur kein ausländisches Obst und kein ausländisches Fleisch, sondern auch keine ausländischen Kartoffeln essen. (Heiter! b. d. So.) Was kümmert denn auch die Agrarier das Geld der Hunderttausende, sie verteuern zu eigenem Vorteil noch das arbeitslose Nahrungsmittel der Armen. Die Kartoffelnahrung steht noch hinter der Nahrung der Japaner und Chinesen zurück, aber dort entschließen die Regierungen sich wenigstens zu einem Verbot der Ausfuhr dieser Volksnahrung, bei uns befindet sich die Regierung im Zustand der Erwägung, und sie wird auch noch im Juni in diesem Zustande sein. Unsere Regierung weiß lediglich die Wünsche der Agrarier zu erfüllen. (Lebh. Zustimmung! b. d. So.) In England entfällt auf den Kopf der Bevölkerung ein Kartoffelverbrauch von 114 Kilogramm pro Jahr, in Frankreich 184 Kilogramm, in Österreich 248 Kilogramm, in Deutschland aber 605 Kilogramm. (Hört, hört! b. d. So.) Trotzdem bringen es die Agrarier fertig, noch Massen von Kartoffeln auszuführen. Wenn die Götter verderben wollen, den Schlägen sie mit Blindheit. Ich kann nur bestätigen, was der Vorredner über die Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung gesagt hat. Mein Kreis ist zur Hälfte bäuerlich und ich habe diesmal eine ganz außerordentliche Zunahme bäuerlicher Stimmen erhalten, ohne daß wir unser Programm in die Tasche gesteckt hätten. Wir haben uns ausdrücklich als Gegner der Zölle bekannt, aber auch nachgewiesen, daß die Zölle den Kleinbauern nichts nützen. Eine Statistik unserer Regierung hat festgestellt, daß von 100 Landwirten 81 keinen Nutzen, 9 einen minimalen Nutzen und 10 einen bedeutenden Nutzen von den Zöllen haben. (Hört, hört! bei den So.) Wie groß die Teuerung im allgemeinen ist, beweist die Tatsache, daß bei uns in Thüringen das Pfund Sauerholz vor 2 Jahren 6 bis 8 Wfg. kostete, heute kostet es 16 bis 18 Wfg. Viel teurer geworden sind auch Linen, Erbsen, Leinöl, Schmalz und Milch. Die Kartoffeln sind von 2,50 auf 5 bis 6 Mk., ja in den letzten Wochen auf 8 Mk. gestiegen. Die armen Leute müssen sie, da sie keinen Keller haben, pfundweise kaufen. Das macht bei fünf bis sechs Köpfen 1,40 Mk. Verteuerung pro Woche aus. Die Verteuerung der anderen Nahrungsmittel beträgt 3,40 Mk. (Hört, hört! bei den So.) Sie wandern sich über die 110 Sozialdemokraten. Ihnen geht eben das Verhältnis ab für die Wirkung Ihres Tuns auf die Bevölkerung. Wir brauchen nicht zu behagen, die Verteuerung wirkt. Der preussische Staat läßt seine Steuerzahler unter 900 Mk. steuerfrei, aber er überläßt sie den Agrariern, die ihnen um so gründlicher die Taschen leer machen. Die Kartoffel ist ein sehr armseliges Nahrungsmittel, 6000 Gr. enthalten nur 8 Gr. Fett. Die zeitweilige Aufhebung des Kartoffelzolls, wie sie die Volkspartei verlangt, genügt nicht, denn vom 1. Mai bis August ist gerade die Zeit, wo für die ärmeren Klassen der Kartoffelverbrauch am notwendigsten ist. Deshalb verlangen wir, daß der Kartoffelzoll als ungerechtfertigter aller Zölle für immer beseitigt wird. Daß die Teuerung keine nur vorübergehende ist, beweist die Begründung der Gotha'schen Regierung zu ihrer Vorlage, betr. Erhöhung der Beamten-Versoldung, worin es heißt, es sei nicht anzunehmen, daß die bisherigen Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse in absehbarer

Zeit wieder eine fühlbare Minderung erfahren würden. (Hört, hört! bei den So.) Durch die Unterernährung des Volkes wird die Verbreitung der Tuberkulose immer größer. Man schreibt Bücher über die Tuberkulose, gibt Merkzettel heraus zu ihrer Bekämpfung, aber an das wichtigste Mittel, eine gesunde, kräftige Ernährung für die Bevölkerung zu ernählichen, denkt man nicht, denn steht die agrarische Weltanschauung im Wege. (Sehr wahr! bei den So.) Was die Aufhebung der Futtermittelzölle anbelangt, so hat der Vorredner durchaus recht, daß ein großer Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an einer Verbilligung der Futtermittel interessiert ist. Selbst der preussische konservative Abg. von Arnim-Rüfedom meinte, es sei zu befürchten, daß sich die Folger der Dürre erst in den nächsten Jahren durch Verteuerung der Futtermittel zeigen werden. Freilich Herr Westendorfer vom Zentrum hat vor einigen Jahren geschrieben: Ja, wenn das Fleisch teurer wird, ist man eben weniger fleischlich. (Hört, hört! b. d. So.) Und ein Münchener Zentrumsblatt schrieb, daß einige Leute von großem Selbstbesitze in Folge der großen Hitze natürlich ihren Fleischverbrauch eingestellt hätten. So behandeln diese Herren die Not des Volkes. In der Kirche beten Sie; Unser täglich Brot gib uns heute. Das tun Sie in dem Gefühl, daß, wenn Sie nach Hause kommen, ihr Tisch gut gedeckt ist. Aber Sie lassen den Herrgott nicht allein dafür sorgen, sondern greifen wickeln ein durch die Zollgeschgebung. Den ärmeren Klassen aber hilft das Beten nichts zur Beschaffung des täglichen Brotes. Sie (nach rechts) nennen sich die besten Stützen des Staates und des Reiches. Aber eine Partei, welche die große Masse der Bevölkerung zur Unterernährung zwingt, raubt dem Reiche die beste Kraft des Volkes. (Lebh. Zustimmung bei den So.) Der Reichstag wird eine heilige Pflicht erfüllen wenn er beweist, daß er an die Armen der Armen, die mit der Kartoffelnahrung beglückt, denkt. Wenn die Regierung endlich aus dem Zustand der Erwägungen herauszueilen und das erlösende Wort sprechen, den Kartoffelzoll aufheben würde, zumal sie ihn ja 1902 gar nicht beabsichtigt hat, so würde sie damit großen Kreisen der Bevölkerung Erleichterung gewähren, die der Erleichterung dringend bedürfen. Die Tatsache, daß wir 110 Sozialdemokraten hier sind, beweist, daß das Volk sich nach Erleichterung seiner drückenden Lage sehnt. (Lebhafter Beifall bei den So.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Schon vor einigen Monaten haben wir uns über die Fragen unterhalten, die den Gegenstand der vorliegenden Interpellationen bilden. Schon vorher aber hatte die Regierung alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Dürre ergriffen, die notwendig waren. Sie war zu dem Ergebnis gekommen, daß eine zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle grundsätzlich bedenklich und nicht von dem gewünschten Erfolge begleitet gewesen wäre. Seit dem vorigen Herbst ist nichts geschehen, was die Situation wesentlich verschoben hat, oder was die damalige Beurteilung der Dinge durch die Regierung als unzutreffend erscheinen lassen könnte. Im Jahre 1910 verfielen wir an Ernte und Einfuhr über 16 Millionen Tonnen Brot-Getreide, im Jahre 1911 über 16,9 Millionen Tonnen; ebenso ergab sich ein Plus von Getreide und Hafer trotz der schlechten Ernte. An Mais ist trotz der schlechten Ernte mehr eingeführt als im Vorjahre; ebenso ist es mit den zollfreien Futtermitteln. An Kartoffeln freilich ist ein Ausfall vorhanden und ebenso an Weizen und Roggen. Die Kartoffelpreise sind außerordentlich hoch, während andere Nahrungsmittel, vor allen Dingen die Fleischpreise, gegen Herbst des vorigen Jahres eine Änderung nicht erfahren haben. Mais könnte ja in gewissem Umfange die Kartoffel und andere Futtermittel ersetzen, aber angesichts der schlechten Welternte in Mais würde durch eine Suspendierung des Maiszolls nicht ein Saft Mais mehr herbeikommen und der Preis nicht sinken. Deshalb kommt für die Regierung eine Aufhebung des Maiszolls und ebenso wenig des Zolles auf Futtergerste in Frage. Etwas anderes ist es bei dem Kartoffelzoll. Dieser ist nur ein Saisonzoll, der die Kartoffeln bei uns nicht verteuern und die Einfuhr von vorjährig Kartoffeln nicht erschweren soll. Er soll nur die ausländischen Frühjahrskartoffeln treffen, die ein Zugobjekt sind. Die Eindeckung mit aus-

Familie Schüler.

Originalroman von Arthur Japp.

(26. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
„Weißt Du schon, Kuno?“
„Was denn?“
„Daß sich Paul und Erna von Voltenhagen verlobt haben?“
Weder mit einem Laut noch mit einer Miene verriet der Affessor die geringste Überraschung.
„So?“ sagte er anscheinend vollkommen gleichgültig.
„Nat Paul endlich die Kurage gehabt?“
Jetzt erst bemerkte er ihre feberhafte Erregung.
„Aber warum regst Du Dich denn darüber so auf?“ fragte er verwundert. „Ich habe die Sache schon vor einem halben Jahre kommen sehen.“
Seine letzte Erklärung und seine Ruhe machten sie schämt und zerknirscht. Und während ihr die Blut heiß ins Gesicht schlug, warf sie sich dem Überraschten an die Brust.
„Ach, ich bin ja so furchtbar glücklich, Kuno!“
Am Abend wurde im engsten Familienkreise Verlobung gefeiert. Helene konnte sich nicht enthalten, ab und zu heimlich beobachtende Blicke auf Kuno und die Braut zu richten. Aber weder bei dem einen noch bei der andern konnte sie etwas Außergewöhnliches wahrnehmen. Erna von Voltenhagen wandte ihre ganze Aufmerksamkeit ihrem Verlobten zu und schien ganz die glückliche Braut. Kuno hatte seine Glückwünsche mit der ihm eignen weltmännischen Courtoisie abgestattet, ohne daß irgend etwas in seinem Benehmen Zeugnis von einer ungewöhnlichen Gemütsbewegung abgelegt hätte. Im weiteren Verlauf des Abends unterhielt er sich lebhaft mit ihrem Vater und mit dem Major.
Zur selben Zeit, als die Gäste in der Familie Voltenhagen auf das Wohl des Brautpaars anstießen, spielte sich in der Wohnung des Prokuristen der Firma C. D. Schüler ein tragischer Vorfall ab. Als Emil Brinkmann nach Geschäftsbeschluss nach Hause kam, war er sehr erstaunt, daß ihn seine Schwester nicht wie gewöhnlich im Wohnzimmer begrüßte. Das Mädchen hatte zwar den Tisch gedeckt, aber die junge Herrin, die den kleinen Haushalt leitete, war nicht am gewohnten Platz. Ob seine Schwester ausgegangen sei, fragte der Erstaunte.

Nein, sie habe es nicht bemerkt, antwortete das Mädchen. Vor einer Stunde ungefähr sei das Fräulein zum letztenmal in der Küche gewesen. Sie habe sehr blaß ausgesehen, und sie — das Dienstmädchen — habe gefragt, ob dem Fräulein nicht gut sei. Aber sie habe keine Antwort erhalten. Das Fräulein habe sofort die Küche wieder verlassen.
Beunruhigt eilte Emil Brinkmann an die Schlafstube seiner Schwester. Er klopfte, keine Antwort. Er drückte auf die Klinke; sie gab dem Druck nicht nach. Da loderte heiße Angst in dem Beunruhigten empor.
„Gretel!“ rief er dringlich. „Gretel! So öffne doch!“
Aber keine Antwort. Er preschte sein Ohr an das Schlüsselloch. Ganz deutlich vernahm er ein Schmecken, dumpfes Stöhnen. Entsetzt richtete er sich auf. War sie erkrankt?
Er warf sich mit voller Wucht gegen die Tür. Nach dreimaligem Wiederholen dieser Kraftanstrengung sprang die Tür auf. Schon an der Schwelle sah er, daß ein Unglück geschehen war. Bewußtlos, mit verglasten Augen lag das junge Mädchen angekleidet auf dem Bett.
Der erschütterte Mann stürzte zu dem Bett, beugte sich über die Köcheln und richtete sie sanft in seinen Armen in die Höhe. Als sie kein Zeichen des Bewußtseins von sich gab, stürmte er zur Küche zurück und befahl dem Mädchen, schleunigst einen Arzt herbeizuholen.
Die halbe Nacht über bemühte sich der Arzt um die Schwerkranke. Es ergab sich, daß sie infolge einer furchtbaren Gemütsbewegung eines Nervenanfalls bekommen hatte, der sie mit der Wucht eines Schlaganfalls dem Tode nahe brachte. Auch am nächsten Morgen war ihr Zustand noch so beunruhigend, daß Emil Brinkmann bei aller seiner Gewissenhaftigkeit und seinem Pflichtgefühl für die Interessen seines Prinzipals zu Hause blieb, um seine Schwester zu überwachen.
Wie gebrochen sah der energische, kräftige Mann an dem Krankenbett und zermartete sich den Kopf über die Ursache der traurigen Katastrophe. Mächtig ging ihm die Erkenntnis auf, die Verlobung Paul Schölers war die Ursache. Sie liebte den Sohn seines Prinzipals viel, viel leidenschaftlicher und tiefer, als er es geahnt hatte. Paul Schöler aber hatte mit dem vertrauensvollen Herzen der Unerfahrenen sein leichtsinniges, gewissenloses Spiel getrieben.

Emil Brinkmann war noch mit diesen bitteren Gedanken beschäftigt, als das Dienstmädchen mit der Meldung ins Zimmer kam, daß Frau Regierungsdirektorin Wladimir draußen sei und aufragen lasse, ob sie Fräulein Grete sprechen könne.
Emil Brinkmann erschrak und blickte verwirrt, unentschieden nach dem Mädchen hin. Sollte Helene erfahren haben —? Aber nein, das konnte ja nicht sein. Niemand wußte von der Ursache der Erkrankung. Sein Stolz und sein Schamgefühl bäumten sich gegen den Gedanken auf, daß diese Ursache bekannt würde. Grete sollte vor niemand bloßgestellt werden, und deshalb hätte er den Besuch am liebsten von der Schwelle zurückgewiesen. Aber freilich, das ging nicht. Der Tochter seines Prinzipals war er schuldig, daß er sie wenigstens empfing und ihr Rede stand.
Helene war voll aufrichtiger Bewegung und Unruhe. Von ihrem Vater hatte sie gehört, daß Grete schwer erkrankt sei und sie eilte, sich zu erkundigen, was der Freundin fehlte und wie sie sich befände.
Emil Brinkmann gab ausweichende Antwort. In der Nacht sei seine Schwester plötzlich erkrankt. Die Ursache des Leidens sei noch nicht festgestellt. Der Zustand der Kranken sei besorgniserregend, wenn auch nicht direkt lebensgefährlich. Jedenfalls sei nach dem Ausspruch des Arztes größte Ruhe und Schonung geboten. Die junge Frau hörte mit schmerzlicher Anteilnahme zu; in ihren Mienen und Gebärden drückte sich so viel warmes Mitleid aus, daß es den verbitterten Mann ergreif und rührte.
Ob sie denn die Kranke nicht auf ein paar Minuten sehen dürfte, bat Helene. Emil Brinkmann wußte nicht, was er erwidern sollte. Er beschloß, daß sich seine Schwester verraten könnte, andererseits aber wollte er sich nicht unerbittlich zeigen und die Zeitnehmende nicht verletzen. In diesem innern Zwiespalt beschied er, daß er einmal nachsehen wollte.
Grete, deren Zimmer nebenan befand, hatte sich halb emporgeschoben und lauschte. Sie hatte die Stimme der Freundin erkannt und verlangte ungestüm, daß Helene zu ihr gelassen würde. Und so führte denn Emil Brinkmann seinen Gast hinein.
Das bleiche, leidende Antlitz der Kranken brachte einen erschütternden Eindruck auf die junge Frau hervor. Während sank sie vor dem Krankenbett in die Knie und umschlang den Hals der ihr schwach und wehmützig Entgegenlächelnden. Ein paar bange, peinigende Minuten verstrichen

ländischen Kartoffeln geschlecht bei uns in der Regel bis zum 16. Februar. Bei den diesjährigen abnormen Witterungsverhältnissen war das nicht möglich, und die beteiligten Ressorts haben dem Bundesrat vorgeschlagen, den Zoll für die ausländischen Kartoffeln bis zum 30. April zu erlassen. (Bravo! links.) Ein entsprechender Beschluß des Bundesrats wird wohl morgen gefaßt werden. Doch handelt es sich dabei nicht um eine Durchlöcherung des Zolltarifs, sondern nur um eine Maßnahme im Sinne seiner korrekten Handhabung.

Auf Antrag des Abgeordneten Stadthagen (S.D.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Derolb (S.): Die hauptsächlichsten Futtermittel sind bei uns zollfrei. (Zuruf links: Mais?) Den, Stroh, die Abfallprodukte der Mäcker und der Zuckerfabrikation sind zollfrei. (Zuruf links: Das sind Surrogate!) Das ist ja ganz etwas Neues! (Heiterkeit rechts und im Zentrum. Zuruf links: Lassen Sie sich doch von Dr. Helm belehren!) Der Preis für Futtergerste ist ja sehr hoch, aber durch Aufhebung der Zölle wird er nicht ermäßigt, sondern bei der gesteigerten Nachfrage würden den Nutzen lediglich das Ausland und der Handel haben. Ebenso liegt es auch bei Mais. Mit dem Kartoffelzoll wollte man ja nur der Freihandelspolitik Schutz gewähren. Auch hier wird die vom Staatssekretär in Aussicht gestellte Maßnahme nicht den Preis senken, sondern nur dem Ausland und dem Handel nützen. Immerhin wird der Ausfall für die Reichskasse nur 1 Million Mark betragen, und meine politischen Freunde sind mit der Maßnahme einverstanden, weil die Bevölkerung durch dies Beispiel erkennen wird, daß solche Maßregeln wirkungslos sind. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Arnst (Konservativ): Wir haben gar keine Futtermittelzölle, alle für die Aufzucht des Viehs in Betracht kommenden Futtermittel gehen zollfrei ein. Der Maiszoll ist ein Getreidezoll, der Mais macht auch unsern Brotgetreide Konkurrenz, und wir müssen den Gerstenbau unserer Bauern schützen, um die Bauern existenzfähig zu halten. Gerade im Interesse unserer Bauern haben wir Konservativen einen höheren Gerstenzoll verlangt. (Sehr richtig rechts.) Die Aufhebung des Zolles auf Mais und Futtergerste würde der Reichskasse einen Ausfall von 70-80 Millionen Mark bringen. Soll zur Deckung dieses Ausfalles vielleicht eine neue Finanzreform durchgeführt werden? — Die Kartoffelpreise sind ja sehr hoch, der Preis wird aber bald zurückgehen. Selbst Kartoffel-Großhändler wünschen nicht die Aufhebung des Kartoffelzolles, sie ist zwecklos, sie wird nur der Reichskasse einen Schaden bringen und dem Großhandel nützen. (Lachen links.) Die Interpellationen bedeuten einen Anturum gegen unseren Zolltarif, an dem die Regierung hoffentlich festhalten wird. (Bravo! rechts.)

Wamhoff (N.): Wir waren bereit, ev. für eine Suspendierung des Maiszolles bis zur Hälfte einzutreten. Aber nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs müssen wir diese Frage als eine offene behandeln. Ein kleiner Teil meiner Freunde ist auch mit einer Suspendierung des Gerstenzolles einverstanden, der überwiegende Teil dagegen nicht. Wir halten an der Aufrechterhaltung des bestehenden Schutzsystems fest. Mit der Suspendierung des Kartoffelzolles sind wir einverstanden; wir wollen hoffen, daß das neue Jahr für die Landwirtschaft und die gesamte Bevölkerung ein gegenreiches wird. (Bravo! d. d. Nationalliberalen.)

Stubendorf (Np.) erklärt sich gegen die Aufhebung der Futtermittelzölle, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

v. Grabst (Np.) erklärt sich im Interesse der auf Kartoffelnahrung angewiesenen Bevölkerungsschichten für die Aufhebung des Kartoffelzolles.

Will (Sf.) ist mit der Suspendierung der Kartoffelzölle einverstanden, wendet sich aber gegen eine Suspendierung der Futtermittelzölle.

Die weitere Besprechung der Interpellationen wird hierauf auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutsch-englisches Friedensabkommen.

Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird von „besonderer diplomatischer Seite“ aus London über den Erfolg der Berliner Reise des englischen Kriegsministers Haldane u. a. folgendes berichtet:

„Die gesamte Weltlage ist durchgesprochen worden, jeder Punkt, über den Unstimmigkeiten bestanden oder aber Mißverständnisse entstehen konnten, wurde erörtert, in die entlegensten Schlupf- und Weiterwinkel der euro-

päischen Politik wurde hineingeleuchtet, und es hat sich keine Klippe gezeigt, die mit Offenheit und mit gutem Willen nicht umschifft werden könnte. Das war das Ergebnis der Berliner Besprechungen, von denen der Reichskanzler in seiner knappen Ausdrucksweise gesagt hat, daß sie fortgesetzt werden sollen. Lord Haldane hat seit seiner Rückkehr mit dem Grafen Metternich konferiert, und das angestrebte Ziel besteht in der Aufstellung einer Art Protokoll, worin in bezug auf die großen Hauptfragen der Weltpolitik die Anschauungen und prinzipiellen Standpunkte der beiden Regierungen niedergelegt werden sollen und das beide Parteien als Richtschnur für ihre weitere Politik annehmen wollen, sobald in Zukunft jeder englische Interessenkonflikt rechtzeitig diskutiert und vermieden werden kann. Auch soll das Protokoll lokale Friedens- und Freundschaftserklärungen beider Teile enthalten und über die beiderseitigen Wünsche und Absichten keinerlei Zweifel bestehen lassen. Es soll sich um keine Entente handeln, wohl aber um eine vollkommen politische Einigung über alle denkbaren Streitfragen — ein Dokument, wie es in dieser Art vordem noch nicht dagewesen ist. Frankreich, das über den Fortgang der Besprechungen auf dem laufenden gehalten wird, soll auch von dem ganzen Protokoll Kenntnis erhalten. — Abgeschlossen sind die Besprechungen noch nicht, doch ist es unwahrscheinlich, daß koloniale Fragen von Bedeutung oder Rüstungsfragen eine Hauptrolle spielen werden. . . .“

Kaum ist die englisch-deutsche Unterredung beendet, da fürchten die Prozentpatrioten auch schon, ihr Profit werde geschmälert. Die „diplomatische Seite“ des „Lokal-Anzeigers“ kennt diese empfindliche Seite und daher am Schluß ihr Trost, daß bei den weiteren Verhandlungen Kolonial- oder Rüstungsfragen kaum eine erhebliche Rolle spielen werden. Das hält aber die Hintermänner der „Post“ nicht ab, Lärm zu schlagen. Sie vermuten, der von einem Blatte gemeldete beabsichtigte Rücktritt des Reichschatzsekretärs hänge mit geplanten bedeutenden Absichten an den Wehrvorlagen zusammen, und sie verlangen daher von der Regierung unverzüglich Aufklärung. „Für Deutschland könne es nur eins geben: Unverrückbares Festhalten an dem für notwendig Erkannten und schlenkernigste Einbringung der Vorlagen.“ — Damit würde den Prozentpatrioten natürlich am meisten gedient sein.

Der „Großblock in die Brüche!“

Diesen Freudenschrei stoßen die Reaktionen der verschiedenen Schattierungen nach der unliebsamen Debatte, die am Dienstag im Reichstage über die Präsidentenwahl geführt wurde, aus.

Der konservative „Reichsbote“ schreibt: „Der Reichstag hat Dienstag die Generaldebatte über den Etat geschlossen. Der Schluß brachte aber noch eine große Überraschung: der unationale Großblock, der einem Bebel 175 Stimmen bei der Stichwahl zum ersten Präsidenten und einem Scheidemann den Vizepräsidentenposten brachte, ist — das ist kurz gesagt das Resultat — im Reichstage endlich unter großem Gezänk und Streit der bisherigen Großblockbrüder in die Brüche gegangen. Hoffentlich für immer, wenigstens soweit die Nationalliberalen in Frage kommen! . . . Wie betäubte Lohgerber sehen die Blätter der Linken jetzt ihre so schlau eingefädelt Großblocktaktik scheitern. . . . Wir hoffen unsererseits, daß die Nationalliberalen nun für immer von der Umsturzpartei abbrechen, wie es der Abg. Schiffer ankündigte. . . . Für alle Zukunft „los vom Umsturz“ nicht bloß im Reichstage, sondern im ganzen Reiche muß die Parole der Nationalliberalen wieder lauten. . . .“

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ schlägt auf die Nationalliberalen und die „Germania“ sieht die Erfolge dieser Hege schon so sicher, daß sie schreiben kann: „Das jetzige Präsidium inklusive des „Genossen“ Scheidemann wird jedenfalls nicht wieder gewählt.“

Bei der bekannten Drehscheibenpolitik der Nationalliberalen würde das kein Wunder sein.

Die „Berl. Volkszeitung“ bemerkt zu dem Konflikt: „Der leidige Streit zwischen Bebel und Schiffer über die Frage der Hojgänger, die zum Bedauern vieler im

Reichstage vor der breitesten Öffentlichkeit ausgefochten wurde, ist natürlich ein Fressen für die Reaktion, und die konservativ-agrarische Presse jubiliert in allen Tonarten. Daß Herr Schiffer jetzt das Eiten schmiedet, ist klar, hat er doch schon triumphierend erklärt, man wisse für alle Zukunft, was man von den Sozialdemokraten zu halten habe. Diese werden also ausgeschaltet. Und Herr Baffermann, den das Bündlerorgan mit dem ihm eigenen Geschnack als „demokratischen Petroleum“ der nationalen Fraktion bezeichnet, wird durch die Wahl zum Präsidenten, die seiner persönlichen Eitelkeit schmeichelt, politisch kaltgestellt und mundtot gemacht. Dann hat Herr Schiffer freie Bahn für seine reaktionären Gelüste. Er wird die Nationalliberalen mit lauter Gewalt zum schwarzblauen Block führen, und Herr v. Bethmann-Hollweg hat das Ziel seiner Sehnsucht erreicht. So und nicht anders wird es kommen.“

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hielt am Mittwochabend eine Sitzung ab. Es wurde mitgeteilt, daß die Fraktion für die Kommissionen, die sieben Mitglieder stark sind, zwei Vertreter, bei 14 Mitgliedern, 4 Vertreter, bei 21 Mitgliedern 6 Vertreter und bei 28 Mitgliedern 8 Vertreter erhalten wird.

In die Budgetkommission delegierte die Fraktion folgende Genossen: Ledebour, Lensch, Noske, Silberkum, Schöppin, Rob. Schmidt, Reichhaus und Schulz. Als Mitglieder für die Petitionskommission wurden bestimmt: Schwarz, Sachse, Wels, Thiele, Giebel, König, Brey und Spiegel. In die Geschäftsordnungscommission wurden delegiert: Hanke, David, Geyer, Frank, Hofmann-Saalfeld und Ebert; in die Wahlprüfungskommission Fischer-Berlin, Stücklen, Gradnauer und Stadthagen; in die Rechnungscommission Wurm, Quack, Noske und Kühle. — Für den Vorsitz in der Geschäftsordnungscommission, der der Sozialdemokratie zusteht, wurde Genosse Haase bestimmt, als stellvertretender Vorsitzender des Budgetkommission Genosse Silberkum.

Ein deutscher proletarischer Frauentag

findet in diesem Jahre wieder statt und zwar Sonntag, den 12. Mai 1912.

Der Frauentag soll eine Demonstration für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Frauen sein. Die Genossen und Genossinnen werden schon jetzt er sucht, eine umfassende Agitation hierfür zu entfalten und ihre Vorbereitungen zu treffen. Insbesondere werden die Organisationen gebeten, sich mit ihren Veranstaltungen so einzurichten, daß der 12. Mai freibleibt für die Demonstration der proletarischen Frauen. Die Demonstration wird wieder eine internationale sein. Schon jetzt steht fest, daß die Genossinnen in Österreich und anderen Ländern sich der Demonstration anschließen.

Genosse Bebel ist am heutigen Tage, dem 22. d. Mtz., 72 Jahre alt geworden. Wir wünschen an seinem Geburtstage, daß Genosse Bebel noch lange der Partei in geistiger und körperlicher Frische erhalten bleiben möge!

Gemeinschaftsbewegung.

Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ hat es wieder auf ihre organisierten Angestellten abgesehen. Im Dortmunder Bezirk ist schon wieder eine Maßregelung vorgenommen. Der Vorsteher des Dortmunder Zweiggeschäfts will im Verlauf von drei Monaten alle alten Einnehmer hinauswerfen und durch junge Leute ersetzen, die mehr einbringen müßten. Aber, wie gesagt, der Schlag richtet sich im Grunde genommen gegen die Verbandsangehörigkeit der alten Einnehmer. Die Gesellschaft vergißt immer wieder, daß sie auf die Arbeiter angewiesen ist. Und die Arbeiter lassen sich ein solches Vorgehen nicht gefallen.

Ausperrung im Leipziger Steinseggewerbe. Die Unternehmer im Leipziger Steinseggewerbe forderten die Steinsegger auf, aus der Organisation auszutreten, andernfalls sie keine Arbeit mehr erhalten könnten. Da sich die Steinsegger selbstverständlich weigerten, dieser terroristischen

für den an der Schwelle heimlich Beobachtenden. Eine bestemmende Stille herrschte, und das unterdrückte Schluchzen der beiden Freundinnen drang an sein Ohr. Emil, mit seiner ruhigen kämpfenden, schlich sich Emil Brinkmann aus dem Zimmer. Von nebenan läuschte er. Aber so fest er auch sein Ohr an die Türspalte presste, er konnte keinen artikulierten Laut unterscheiden. Nur Flüstern und leises Wispern drang zu ihm hinaus.

Da trieb ihn plötzlich ein schriller Schreckensruf in das Krankenzimmer. Frau Helene stand am Kopfende des Bettes schreckensschlag und winkte ihm mit angstvoller Gebärde. Die Kranke lag regungslos, mit gezielten Augen. Eine Ohnmacht hatte ihre die Bestimmung verloren.

Auch Emil Brinkmann erschraf, und seine Blicke richteten sich unwillkürlich vorwärts auf die verschleierte, mit schuldumwühlter Miene Dastehende. Aber diese Inwandlung dauerte nur einen kurzen Moment. Schon im nächsten Augenblick war er rasch an den Tisch getreten, hatte eine Flasche genommen und trank daraus der Ohnmächtigen ein paar Tropfen ein. Dann nahm er sie sanft in seine Arme und richtete ihren Oberkörper ein wenig in die Höhe. Gerte schlug die Augen auf und sah sich fragend um. Als sie aber die Freundin hinter ihrem Bruder erblickte, schien ihr die Erinnerung an das geübte Gespräch zu kommen, und ihre Augen füllten sich wieder mit Tränen.

Mit einer rührenden, zärtlichen Gebärde drückte Emil Brinkmann seine Wangen an die der Schwester und sprach mit liebevollen Worten auf sie ein. Innezt ließ er sie behut sam in die Kissen zurückgleiten, strich ihr liebevoll, beschwichtigend über die Stirn und winkte dann der ihn Beobachtenden mit den Augen, ihm zu folgen.

In Nebenamt standen die beiden einander in tiefer Verzögerung gegenüber. Helene war zerknirscht und zugleich voll ehrlicher Bewunderung. Ein warmes Gefühl der Empathie flutete in ihr empor. Sie hatte den Profuristen ihres Vaters immer für einen trockenen, gefühllosen Geschäfts mann gehalten, und nun hatte sich ihr plötzlich ein weiches, warm empfindendes Gemüt enthüllt. Wie zart und liebevoll er um seine Schwester bemüht gewesen! Mit welcher Innigkeit und tiefer Liebe er an ihr hängen wollte!

Als sie nun das Wort nahm, um sich wegen der Störung zu entschuldigen, unterbrach er sie höflich. Er sei ihr im Gegenteil zu dem verpflichtet für ihre freundliche Teilnahme.

Wegen der Ohnmachtsanwandlung seiner Schwester brauche sie sich keine Vorwürfe zu machen. Das sei in der großen Schwäche der Kranken begründet. Dabei heftete er den Blick forschend auf das Gesicht der jungen Frau, als wollte er sich vergewissern, wieviel sie von der Ursache der plötzlichen Erkrankung seiner Schwester wisse. Zu einer offenen Frage aber konnte er sich nicht entschließen. Daß sie etwas von dem Zusammenhang ahnte, der zwischen der Verlobung Pauls und dem Zustand Gretens bestand, glaubte er an ihren Mienen zu erkennen. Aber da er auf diesen Gegenstand nicht näher eingehen mochte, äußerte er nichts, und als sich Helene nun verabschiedete, hielt er sie nicht zurück.

Helene war den ganzen Heimweg über in tiefen Gedanken. Zum erstenmal kam ihr unwillkürlich der Vergleich zwischen ihrem Mann und Emil Brinkmann. Ob Kuno auch so liebevoll besorgt sein würde um Thea? Vielleicht. Er schien ja an seiner Schwester ebenfalls sehr zu hängen. Eine andere Frage aber war es, ob er für sie — Helene — eine ähnliche zärtliche Besorgnis an den Tag legen würde, falls sie einmal ernstlich erkrankte sollte.

16.

Werner von Voltenhagen war zum zweitenmal durch das Meßtor-Examen gefallen. Mit seiner juristischen Karriere war es also ein für allemal vorbei. Der Major war in großer Verlegenheit. Was sollte nun aus dem beinahe dreißigjährigen Menschen werden? Seinen Sohn eine subalterne Laufbahn einschlagen lassen, dazu konnte er sich nicht entschließen. Angemessener wäre es gewesen, wenn Werner im Kolonialdienst hätte Verwendung finden können. Aber seine Bemühungen in dieser Richtung hatten keinen Erfolg. Besonders lehnte sein Schwager, der Hofmarschall, entschieden ab, sich im Interesse seines ungerateten Sohnes bloßzustellen. Der alte Herr, der stark an Licht litt, war überhaupt sehr unzugänglich und äbelleunig. Das einzige, wozu er sich verstand, war, daß er sich erbot, tausend Mark zu opfern, um den durchgefallenen Referendar nach Amerika zu speidieren. Aber davon wollte Werner von Voltenhagen absolut nichts wissen. Was sollte er in dem Lande der schlauen Pantees anfangen? Wollte man ihm etwa zumuten, drüben als Kellner sein Leben zu fristen? Aberhaupt, wenn er einen bürgerlichen Beruf wählen sollte, so konnte das doch ebenso gut im Vaterlande geschehen. Wozu sich erst die Mühe und Kosten des Auswanderns machen in ein Land, wo er

niemand kannte und wo er keinerlei Protektion und Beistand fand? War es nicht das einfachste, sich mit Hilfe des Fabrikbesitzers Schöler, zu dessen Familie man ja in verwandtschaftlichen Beziehungen zu treten im Begriff war, dem Handbelsfach zu widmen? In solch einem großen Fabrikbetrieb einzutreten, war überhaupt eine ganz feudale Sache. Solch ein Fabrikbesitzer, der seine hundert Menschen und mehr beschäftigte, war überhaupt ein großer Herr, ebenso gut wie — na, wie 'n Rittergutsbesitzer, oder wie 'n Regimentskommandeur, oder auch wie 'n Gerichtspräsident.

Dem Major von Voltenhagen, der nur den Wunsch hatte, seinen Sohn so bald als möglich untergebracht zu sehen, dünkte der Vorschlag recht annehmbar. Freilich, die Aussicht, daß Herr Schöler auf den Wunsch, den durchgefallenen Referendar bei sich einzustellen, eingehen würde, erschien ihm nach dem Vorausgegangenem sehr gering, und da er sich nicht gern einer direkten Ablehnung aussetzen wollte, so steckte er sich hinter seine Frau und ließ durch diese die Idee zunächst der Gattin des Fabrikbesitzers unterbreiten. Frau Schöler ging natürlich mit Eifer auf den Wunsch der künftigen Schwiegereltern ihres Sohnes ein und sagte seine Erfüllung sofort aufs bestimmteste zu. Bei ihrem Gatten fand sie freilich zunächst einen starken Widerstand. Wie, den Niederkampfen und Schuldenmacher sollte er in seinem Kontor anstellen? Er denke ja gar nicht daran. Aus dem verbummelten Menschen würde ja doch nie ein einigermaßen brauchbarer Mensch werden. Aber Frau Schöler hatte schon Schwierigeres durchgesetzt und so wurde sie auch diesmal nicht müde, ihrem Gatten so lange in den Ohren zu liegen, bis er mürbe wurde. Man könnte doch Pauls Schwiegereltern nicht so vor den Kopf stoßen. Wenn er jetzt den jungen Voltenhagen als Volontär annehme, so verpflichte ja das zu nichts. Sei Paul erst einmal mit Erna von Voltenhagen verheiratet, und erweise sich dann der Referendar als nicht brauchbar, so hindere ihn ja nichts, den jungen Mann wieder zu entlassen. Vorläufig aber sei es ein Gebot einfacher Höflichkeit und Rücksichtnahme, wenn man nicht von vornherein einen häßlichen Mißton in die Beziehungen der beiden Familien bringen wollte, dem Wunsche des Major entgegenzukommen.

Und so wurde der Referendar a. D. Volontär in der Firma C. D. Schöler.

(Fortsetzung folgt.)

Forderung nachzukommen, erfolgte am Sonnabend die Aus-

Textilfabrik im Tapezierergewerbe in Frankfurt a. M. Die Frankfurter Tapezierer haben mit den Unter-

Die Organisation der Seeleute, Binnenschiffer und Fischer macht erfreuliche Fortschritte. Das Verbandsorgan

Aussperrungsankündigung in der sächsischen Schuh- industrie. Der Verband der Schuhfabrikanten trägt sich

Der Zechenverband lehnt die Forderungen der Berg- arbeiter ab. Die Lohnbewegung der Ruhrbergleute ist

Bergbau teils erfolgt, teils unmittelbar bevorsteht.

Wir bitten Sie, diese Mitteilung auch den beiden

Redenverband. Kanadbrook. Lützingen. Funke. Die Geschäftsführung. Loewenstein.

Diese Antwort bestätigt das, was von der Leitung des

Der Generalkonferenz der englischen Bergarbeiter wird

Soziales.

Staubkassens aus einer christlichen Ortskrankenkasse. Die

Die Steigerung der Drogenpreisen. In den

Die Frucht kostete für Getreide pro Doppelzentner in Pfennigen:

	Newyork-Hamburg	Newyork-Bremen
14. Juni 11	30	25
31. Okt. 11	50	35
6. Dez. 11	60	60
21. Dez. 11	65	70
13. Jan. 12	70	65

Die riesenhaften Erhöhungen, die selbstverständlich auch

50 Millionen Mark für deutsche Auslands-Elektrizitäts- gesellschaften. Die Deutsche Bank, das 200-Mil-

ebenfalls Obligationenkapital besitzen. Das durchaus deutsch,

Neue Stadtväter. In England besteht wie in Deutsch-

Aus dem Gerichtssaal.

Von den Kameraden „aufgehängt“. Interessante

Prozess gegen eine Schwindkassette. Trotz aller War-

